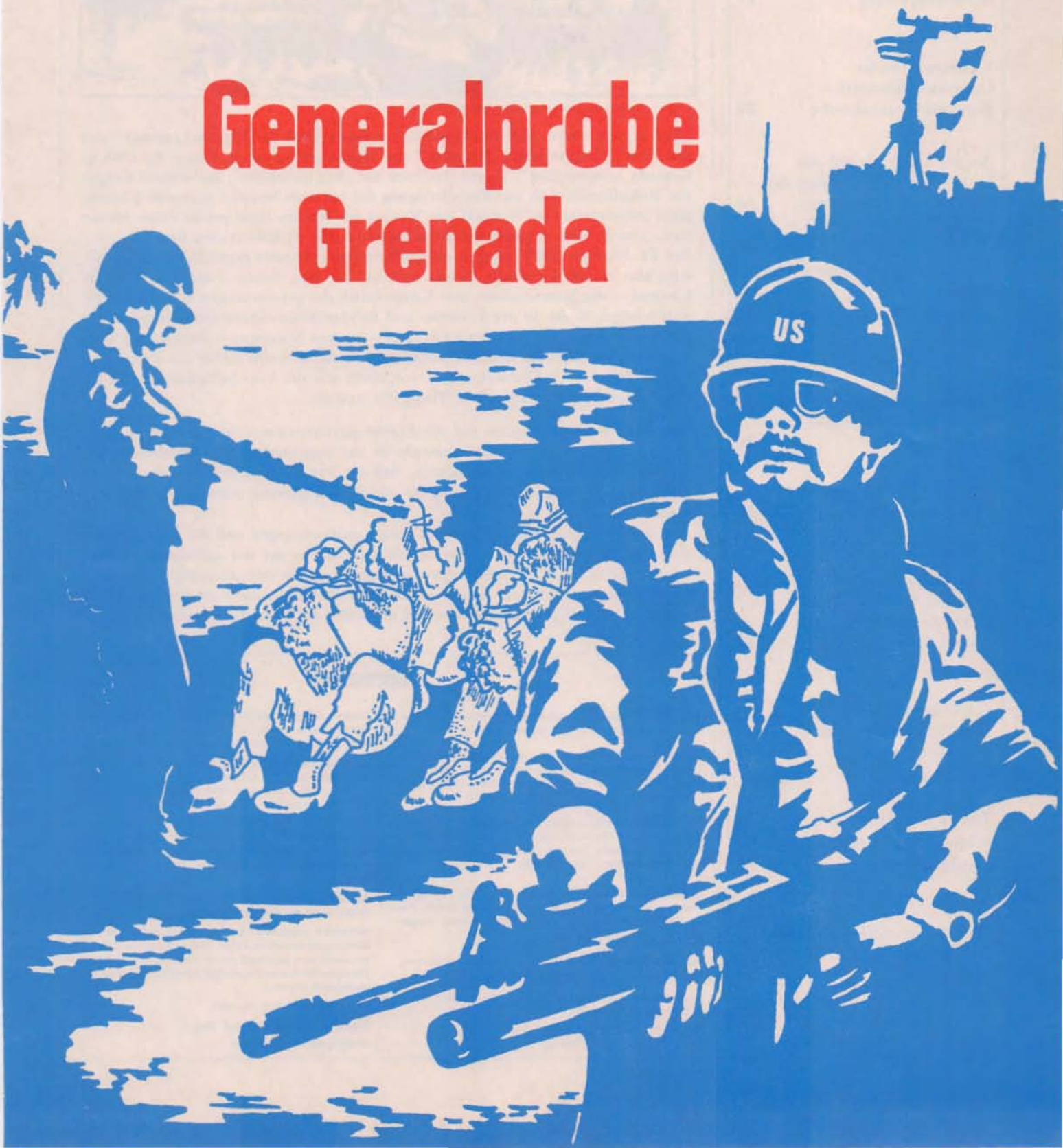


AIB

Sonderheft 1/84

2DM

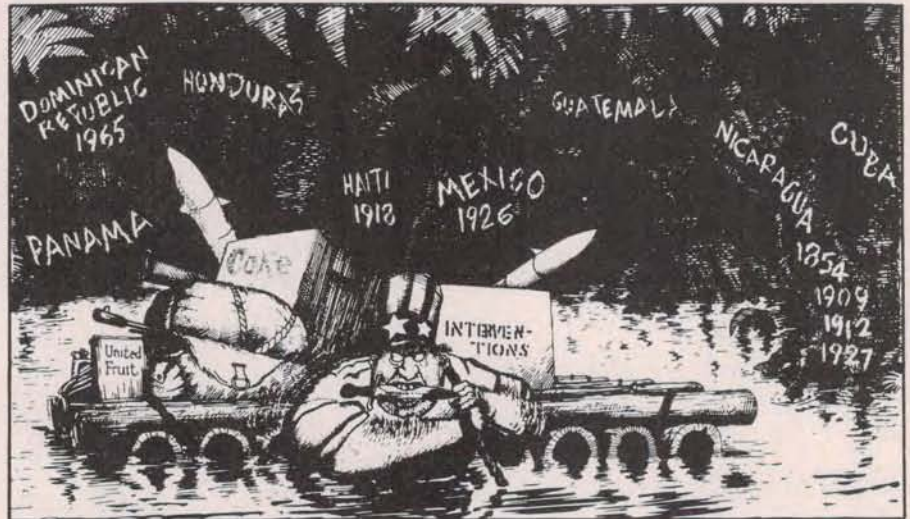
Generalprobe Grenada



Inhalt

Vorbemerkung	18
<i>Rainer Falk</i> Grenada und die Bundesregierung	19
<i>Wolfram Brönnner</i> Operation Grenada – Reagans Generalprobe	20
Augenzeugenbericht aus St. George's Deklaration der Grenada-Weltkonferenz	24
<i>Martina Haun/Ludger Schmitz</i> Weg und Krise der grenadischen Revolution	25
<i>Interview mit Maurice Bishop</i> Unser Beispiel – eine echte Demokratie	26
Grenada-Daten	31
<i>Gespräch mit Dessima Williams</i> Grenada ist nicht Puerto Rico!	33
<i>Fidel Castro</i> Uns konnten sie nicht provozieren	35
<i>Tomas Borge Martinez</i> Nikaragua wird nicht zurückweichen	37
<i>FMLN-Generalkommando</i> Die Invasion wird vorbereitet	38
<i>Aktions- und Materialspiegel</i>	40

Vorbemerkung



Und jetzt Grenada! (aus: International Herald Tribune)

„Um zu verhindern, daß die Menschheit in einem Meer der Tyrannei ertrinkt“ und um einer „Gruppe linker Schurken“ das Handwerk zu legen, hätten die USA in Grenada „eingegriffen“. So u.ä. lauteten die „Begründungen“, die Ronald Reagan der Weltöffentlichkeit zur Rechtfertigung der brutalen Invasion gegen die Karibik-Insel präsentierte. Im Weltbild des Mannes im Weißen Haus gehört diese Aktion zum „letzten Gefecht gegen den Kommunismus, die Ausgeburt alles Bösen“.

Der 25. Oktober 1983, an dem die großangelegte Invasion gegen Grenada begann, wird also ein denkwürdiges Datum bleiben. Mit ihm wurde – mehr noch als im Libanon – die Interventions- und Kriegspolitik der gegenwärtigen US-Administration blutiger Ernst. In der Friedens- und Solidaritätsbewegung hierzulande führte dies zu der bangen Frage: Heute Grenada – morgen Nicaragua – übermorgen wir? Im Lichte der Grenada-Invasion stellen sich tatsächlich eine Reihe von Fragen neu hinsichtlich der US-Globalstrategie, vor allem was die Ernsthaftigkeit der ihr zugrundeliegenden Szenarios und Planspiele betrifft.

Der Reagan-Administration fiel die Eroberung Grenadas nicht zuletzt deshalb so leicht, weil die inneren Machtkämpfe in der regierenden New-Jewel-Bewegung plötzlich solche Ausmaße annahmen, daß die Verteidigungsfähigkeit der Revolution und die Volksunterstützung für die NJM-Regierung schwer beeinträchtigt waren.

Auf die Hintergründe dieser inneren Auseinandersetzungen und der Krise der grenadischen Revolution geht unser Sonderheft ebenso ein wie auf die angeschnittenen regional- und globalstrategischen Konsequenzen der „Operation Grenada“. Die Hauptbetroffenen des Reagan'schen Invasionskurses, die Revolutionsregierungen Grenadas, Nikaraguas, Kubas und die Befreiungsfront El Salvadors, kommen selbst zu Wort.

Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) - Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Werner Stürmann, Elisabeth Thölke-Sommer, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Hanne Denk, Rainer Falk, Pia Grund, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Nima Mina, Hans-Erich Schäfer, Ludger Schmitz

Ständige Mitarbeiter: Georg Diederichs, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzalez, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiya Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Jürgen Ostrowsky, Christoph Sodemann

Weitere **Mitarbeiter** dieser Ausgabe: A. J. Arndt, W. Burhani, K. Ege, K. R. Fabig, M. Haun, F. Steinberg

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21/2 46 72

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 53390000), Konto-Nr. 9680

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr; Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,— DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,80 DM Porto je Heft.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Namentlich gezeichnete **Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Redaktionsschluß: 9. 12. 1983

Anzeigen: Solidaritätsshop 3. Welt,

Titelgraphik: G. Diederichs

Rainer Falk

Grenada und die Bundesregierung

Nach allen grundsätzlichen Verlautbarungen der Bonner Rechtskoalition in Sachen Dritte-Welt-Politik war ernsthafter Widerstand gegen die Reagan'sche Interventionspolitik, würde sie einmal blutiger Ernst werden, nicht zu erwarten gewesen. Umso verwunderlicher schien deshalb die erste distanzierte Stellungnahme des Regierungssprechers.

„Wären wir vorher konsultiert worden“, so Peter Boenisch im Namen der Bundesregierung am 26. Oktober 1983, „hätten wir von der Intervention abgeraten.“ Kurz darauf bekräftigte Außenminister Genscher vor dem Bundestag die ablehnende Haltung Bonns gegenüber der Washingtoner Grenada-Invasion und führte zur Begründung an, man trete für politische und gegen militärische Lösungen von Konflikten ein.

Kohls vorsichtige „Anregungen“

Doch die durch solch starke Worte im Lager der Reagan-Leute bewirkten Irritationen über die Haltung der Bonner Verbündeten hielten nicht allzu lange an. Schon eine gute Woche später schwächte Bundeskanzler Kohl die Bonner Position zu Grenada ab: Er „hätte eine Menge Anregungen zu machen gehabt, es anders zu machen“, wäre er vorher gefragt worden. Die Anregung vielleicht, die völkerrechtswidrige Invasion zu unterlassen?

Mitnichten! Kohls Anregungen, so vernahm man, hätten vor allem die mangelnde psychologische Vorbereitung der Weltöffentlichkeit auf die Grenada-Invasion betroffen. In seiner „Amerika-Freundlichkeit“, so Kohl, lasse er sich in der Bundesrepublik von niemandem übertreffen.

Und geradezu dankbar nahm der Kanzler die „authentische“ Unterrichtung durch den stellvertretenden US-Außenminister Kenneth Dam über die Washingtoner Beweggründe hinter der Grenada-Intervention entgegen: „Wir hörten zum Beispiel von Bausoldaten, einen Begriff, den wir bisher nicht kannten, und die mit Maschinenpistolen bewaffnet waren. Es gab auch viele andere Vorbereitungen der Subversion. Wir haben daraus die Konsequenz gezogen und haben in der UNO-Generalversammlung Stimmenthaltung geübt, um deutlich zu machen, daß wir keine Position gegen unsere amerikanischen Freunde beziehen.“ Und: „Wir haben den Freund in der Not ja nicht aufgegeben.“

So erweist sich die anfängliche Bonner Distanz in Sachen Grenada, im Nachhinein betrachtet, zuallererst als Taktik. Noch ganz unter dem Eindruck der Volksversammlungen der Friedensbewegung am 22. Oktober 1983 paßte es der Bundesregierung nicht ins Konzept, daß die Reagan-Administration nur eine halbe Woche nach diesen Aktionshöhepunkten den praktischen Beweis für ihre Entschlossenheit zur Kriegführung erbrachte. Distanz schien auch angesagt angesichts der einhelligen Ablehnung, auf die die Grenada-Invasion unter den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft stieß.

Daß sich das Gespann Kohl/Genscher dabei

von der konservativen Presse „falsche Rücksicht“ auf die westeuropäische „Entrüstungsstimmung“ (so die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 4.11.1983) vorwerfen lassen mußte, ist in diesem Zusammenhang nicht verwunderlich. Für Zündstoff in der Koalition aber sorgte die Tatsache, daß die äußerste Rechte um Franz-Josef Strauß herum die Grenada-Reaktion zum Testfall der außenpolitischen „Wende“ hochspielte.

Die CSU-Männer beließen es hier nicht bei markigen Lobesworten für das „beherzte Eingreifen“ der Amerikaner und den „festen Willen des amerikanischen Volkes (?), keine weiteren Einschränkungen der Freiheit im Bereich der westlichen Welt mehr zu dulden“ (so Max Streibl im Bayernkurier vom 5.11.1983).

Mit der Grenada-Reise von Carl Dietrich Spranger (CSU), Parlamentarischer Staatssekretär in Friedrich Zimmermanns Innenministerium, wurden am Bundeskanzleramt und Außenministerium vorbei auch Fakten geschaffen. Die skandalöse Reise eines bundesdeutschen Regierungsmitglieds auf Einladung und Rechnung des CIA ließ für jedermann deutlich werden, daß für die rechten Kräfte innerhalb der Koalition revolutionäre Veränderungen in der Dritten Welt gerade so ein Problem des „internationalen Terrorismus“ sind wie für die Reagan-Leute.

Das öffentliche Gerangel um diese Vorgänge enthüllte, daß gewichtige Differenzen über den erfolversprechendsten Umgang mit den „Herausforderungen“ der Dritten Welt auch im Lager der Rechtskoalition noch nicht ausgestanden sind. Die Zusammenarbeit mit den USA als Grundkonstante der Bonner Regierungspolitik steht dabei natürlich nicht zur Disposition. Aber immerhin formuliert ein vertrauliches Papier des Planungsstabs im Auswärtigen Amt:

„Nur ein Offenhalten verschiedener westlicher Optionen für die Entwicklung aller Staaten Lateinamerikas wird in Zukunft ein 'Abdriften' zum sozialistischen Lager vermeiden können. Jede Isolierung revolutionärer Modelle zwingt diese Staaten, sich von der westlichen Staatengemeinschaft weiter abzuwenden.“ Und: „Eine falsch verstandene Solidarität um jeden Preis mit der Politik der USA gegenüber Lateinamerika könnte ... nicht nur die europäischen, sondern die westlichen Interessen insgesamt empfindlich schädigen.“ (Zit. nach: Der Spiegel, 17.10.1983)

So mag bei den Bonner Bemühungen um Distanz im Falle Grenada — ebenso wie bei der schroffen Ablehnung der Intervention seitens Reagans Betschwester Margaret Thatcher — auch die vage Angst eine Rolle gespielt haben, die Washingtoner Krieger auch dann nicht mehr stoppen zu können, wenn substantielle eigene Interessen betroffen sind. Und das wäre so im Falle einer Eskalation im Nahen Osten oder gar im Falle eines „begrenzten“ Atomkriegs in Europa, wie er in den Pentagon-Szenarios vorgesehen ist.

Reagans Mittelamerikakurs nicht „konterkarieren“

Im außenpolitischen Alltag allerdings sind solche Vorbehalte kein Hindernis für den Schulteranschlag mit der Reagan-Administration.

In Mittelamerika arbeitet die Bundesregierung längst selbst an der Isolierung der nikaraguanischen Revolution. Die Finanzplanung für 1984 sieht eine Kürzung der Entwicklungshilfe für die Sandinistas auf 8 Mio DM vor, während das von der Reagan-Administration am Leben erhaltene Völkermordregime El Salvadors nicht nur mit 20 Mio DM bedacht, sondern auch durch die Wiederentsendung eines bundesdeutschen Botschafters international aufgewertet werden soll.

Und sollte die Reagan-Administration demnächst die Gunst der Stunde für eine großangelegte Invasion Nikaraguas entdecken, so braucht sie sich um einen etwaigen Bonner Widerstand, egal ob mit oder ohne vorherige Konsultation, keine großen Sorgen zu machen. Schließlich könne man, so meint auch Außenminister Genschers Planungschef, Konrad Seitz, „die amerikanische Politik in Mittelamerika nicht konterkarieren“.



Grenada-Reisender Spranger (r.) und sein Mentor Zimmermann



V. l. n. r.: US-Truppenlandung auf Grenada; bombardierter Regierungssitz; zerstörtes Krankenhaus

Wolfram Brönner

Operation Grenada – Reagans Generalprobe

Am Morgen des 25. Oktober 1983 begann die Operation „Urgent Fury“, die Invasion Grenadas. US-Kampftruppen in einer Stärke von 1.900 Mann und ein karibisches Hilfskontingent von 396 Mann (aus Jamaika, Barbados, Dominika, Antigua, St. Vincent und St. Lucia) fielen ohne Kriegserklärung auf der Antillen-Insel ein

Teils waren sie mit Transportflugzeugen von Barbados aus eingeflogen, teils von den rings um Grenada postierten 12 US-Kriegsschiffen, darunter der Flugzeugträger „Independence“ (mit 70 Kampfflugzeugen an Bord) und der Hubschrauberträger „Guam“, aus an Land gebracht worden.

Ausgerüstet mit M-60-Panzern, Amphibienfahrzeugen und Artilleriegeschützen und flankiert von A-7-Corsair-Flugzeugen und Kampfhubschraubern stürmten die Invasoren die Flughäfen Pearls und – noch im Bau befindlich – Point Salines. Sie griffen die wichtigsten grenadischen Verteidigungsstellungen und Regierungsgebäude an.

Bombenangriffe wurden nicht nur auf den Regierungssitz in St. George's, sondern auch auf Wohnviertel, ein Krankenhaus und andere zivile Einrichtungen geflogen. Kubanische Bauarbeiter wurden in ihren Baracken von Point Salines unter Feuer genommen. Die in den ersten 3 Tagen auf rund 6.000 Mann erhöhten US-Eliteeinheiten, Rangers und Marines, hatten mehr Mühe als erwartet, um den inneren Widerstand von Teilen der grenadischen Volksarmee, der Volksmiliz und seitens der 784 Kubaner zu brechen. Die eher zu niedrigen Verlustziffern des Penta-

gon lauteten Mitte Dezember 1983 auf 18 getötete US-Soldaten (britische Quellen nannten 42), 71 grenadische und 27 kubanische Gefallene. Über die Zahl der umgekommenen Zivilisten schwieg man sich aus. Bis dahin hatten die Aggressoren tausende Verteidiger überwältigt, festgenommen und schikanös behandelt, darunter den vormaligen Vizepremierminister Bernard Coard und den Militärratsvorsitzenden Hudson Austin. Die „Säuberungsaktionen“ der Besatzer und Widerstandsaktionen der Grenadier aber dauerten Mitte Dezember weiter an – kein Zeichen für die angebliche Begeisterung der Bevölkerungsmehrheit für die Invasionstruppen (siehe unseren Augenzeugenbericht).

Nichts anderes besagt auch der Lagebericht der Washington Post vom 20.11.1983, die Straßensperren, Verhöre und Inhaftierungen (in einem Gefangenenlager nahe Point Salines waren es rund 230 „Subversive“) weiterer Grenadier hielten an.¹

Die „zweite Invasion“

Diese aufdringliche Präsenz und diese Praktiken der „Befreier“ führen der grenadischen Bevölkerung deutlich vor Augen, in wessen Händen die Verwaltung der Karibikinsel in Wirklichkeit liegt, in denen von Generalmajor Jack Farris, des Kommandierenden der Besatzungstruppen, und des frisch entsandten US-Botschafters in St. George's, Charles Anthony Gillespie. Der reaktivierte britische Generalgouverneur Sir Paul Scoon und die von ihm am

10.11.1983 ernannte Übergangsregierung unter M. Alister McIntyre (vormals Beamter bei der UNO) sind von daher nicht mehr als Vollzugsgehilfen der Eroberer.

Ihr auf Plakaten, Transparenten, Hauswänden, über Megaphon oder Funk angepriesener Neuanfang ist für die „Befreiten“ schwer nachvollziehbar: „Hier endet der Kommunismus“, „Unterstützt die Demokratie“, „Bewahrt die schwer errungene Freiheit“, derlei Slogans der Okkupanten sind für die Bevölkerungsmehrheit kein Ersatz für die populäre Regierungspolitik Maurice Bishops.

Für die Masse der Armen hatte sie sich beispielsweise an stabilen, niedrigen Preisen für Grundnahrungsmittel wie Reis oder Zucker, garantiert durch staatliche Subventionen, festgemacht. Die Wirtschaftsexperten aus Washington wollen dieses Sozialrelikt geradeso abschaffen wie die Importsteuer für Luxusgüter – ein Segen für die reiche Oberschicht.

Mit 3,5 Mio Dollar Sonderhilfe und 15 Mio Dollar an US-Wirtschaftshilfe für 1984 sollen Infrastrukturprojekte und die Reprivatisierung der Landwirtschaftskooperativen vorangetrieben sowie die nötigen Bankkredite bereitgestellt werden, um Kapitalinvestoren vor allem im Touristikbereich anzulocken. Reisegruppen des „Big Business“ – so berichtet die Newsweek vom 12.12.1983 – werden auf Veranstaltung des Weißen Hauses am Jahreswechsel zur „zweiten Invasion“ nach Grenada verfrachtet: „Jetzt, wo die US-Invasion auf Grenada die Insel für den Kapitalismus sicher gemacht hat, wird das Handelsministerium mit Nachfragen nach billigen Arbeitskräften oder strandnahen Grundstücken überschwemmt.“ Um die unter der Regierung Bishop von der direkten Demokratie (siehe Beitrag von M. Haun/L. Schmitz) „verwöhnten“ grenadischen Arbeitskräfte gefügig und billiger zu machen, soll Ronald Reagans Versprechen vom 25. Oktober 1983, „Ordnung und Demokratie wiederherzustellen“ vorerst auf das Ordnen beschränkt bleiben.²

Sir Paul Scoon ließ man zunächst einmal den Notstand, ein Versammlungsverbot (ausgenommen für geschäftliche und kirchliche Zwecke), eine Presszensur und ein Verhaftungsgebot ohne Mandat gegen „Subversions“-verdächtige ausrufen.

Der Gouverneur durfte ferner die US-Besatzer nachträglich einladen, „so lange wie nötig zu bleiben“ und die vor der Invasion so arg vermißten Parlamentswahlen erst einmal auf die lange Bank schieben.



V. r. n. l.: Eugenia Charles, Reagan, Weinberger, Gergen, Shultz

„Es wäre ein Fehler von uns, diesen Prozeß (hin zu einer demokratischen Regierung) zu direkt zu versuchen“, erläuterte US-Botschafter Gillespie. Denn eine gegenüber der New-Jewel-Bewegung (NJM) konkurrenzfähige „Figur wie Eugenia Charles“ (Premierministerin Dominikas), die sich auf eine solide Mittelklassenpartei stützen könnte scheint den Verantwortlichen nicht in Sicht. „Es besteht die große Befürchtung“, meinte ein Offizier der US-Streitkräfte, „daß, falls die Dinge hier auf neue in Bewegung geraten, diese Leute wieder auf die Straße gehen und einen anderen Bishop wählen.“³

Als einen der möglichen Führerkandidaten einer reorganisierten New-Jewel-Bewegung vermutet man den Ex-Minister Kenrick Radix, den man nach einer Protestbekundung gegen den Besatzerterror vorübergehend inhaftierte.



Rücksichtsloses Vorgehen gegen mutmaßliche New-Jewel-Anhänger

Vorwände „Schutz von Leben...“

Der Oberbefehlshaber der US-Atlantik-Flotte Wesley L. McDonald, drängte aus diesem Grund darauf, sich den „Luxus“ des endgültigen Truppenabzugs erst nach der völligen Zerschlagung des grenadischen Widerstands („der rebellischsten Elemente“) zu leisten. Ansonsten sei die „Wiederkehr einer neuerlichen Aufstandsbewegung“ zu befürchten.

Die Reagan-Administration beließ es nicht bei der Verlängerung ihrer Truppenpräsenz. Mit der prompten Vergabe einer Militärhilfe von 15 Mio Dollar an St. George's will man sicherstellen, daß sowohl die Weiterstationierung der karibischen Hilfskontingente abgedeckt als auch ein Sofortprogramm zur Ausbildung und Ausrüstung grenadischer Militär- und Polizeikräfte im Jahr 1984 durchgezogen werden kann.⁴

Doch die Besatzer denken ohnehin nicht daran, die Insel wieder vollständig zu räumen, sondern wollen auf Dauer einen US-Militärstützpunkt errichten. Die Reagan-Administration vermag auf diese Weise schon gar nicht die Glaubwürdigkeit ihrer Rechtfertigungsversuche für die Operation „Urgent Fury“ zu erhöhen.

Die in Ansprachen des US-Präsidenten am 25., 28. Oktober und 4. November 1983 aufgeführten Gründe⁵, die einen „kleinen Krieg“ gegen Grenada legitimieren sollen, sind so schon brüchig genug:

Reagans erster Invasionsgrund, nach dem Tod



Wie Verbrecher vorgeführt: Austin (r.), Coard

Bishops und der Machtübernahme des Militärs vom 19. Oktober sei „der Schutz unschuldiger Leben, einschließlich von 1.000 Amerikanern“, anders nicht sicherzustellen gewesen, ist fadenscheinig. Keinem der US-Bürger war ein Haar gekrümmt, keiner bedroht worden. Der Militär hatte für ihren persönlichen Schutz gesorgt und garantiert. Washington rief auch keine Vermittler (Rotes Kreuz, UNO usw.) für eine etwaige Evakuierung an, weil man sie gar nicht wünschte. Man brauchte diese Begründung als Vorwand, um einen Angriffskrieg gegen ein unabhängiges Land und den Sturz einer Regierung als „humanitären“ Rettungsakt tarnen und verkaufen zu können. Reagans zweiter Vorwand, man müsse auf Grenada „Ordnung und Demokratie“ wiederherstellen, da eine „Gruppe linker Schurken die Macht mit Gewalt an sich gerissen“ und „Chaos“ hervorgerufen habe, widerspricht nicht nur dem Völkerrechtsprinzip der Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten fremder Staaten. Dieser Vorwand ist auch deshalb unmoralisch, gerade weil die USA über Jahrzehnte geächtete Diktaturregimes wie die Südafrikas, Chiles, Nikaraguas (unter Somoza), Haitis, Guatemalas oder Grenadas (unter Gairy) am Leben erhielten.

Reagans dritte Begründung, man habe die Invasion durchführen müssen, weil man von der Organisation Ostkaribischer Staaten und von Gouverneur Scoon dringend darum ersucht worden sei, wurde von Großbritannien und anderen karibischen Regierungen widerlegt. Der schriftliche „Hilferuf“ der karibischen Mitinvasoren war in Washington verfaßt und ihnen aufgedrängt worden. Scoon hatte „sein Ersuchen“ erst nach dem 25. Oktober stellen können.

Den vierten Invasionsgrund reichte Reagan erst am 28. Oktober nach, da der unerwartete innere Widerstand auf Grenada unbedingt neuer Vorwände bedurfte. „Wir sind gerade noch zur rechten Zeit gekommen“, entdeckte urplötzlich der Präsident, denn „Grenada war eine sowjetisch-kubanische Kolonie und dabei, zu einer sehr wichtigen Militärbasis zu werden, die den Terrorismus exportiert und die Demokratie unterminiert hätte.“

Um dies abzustützen, wurde etwa der von Venezuela, Kuba und der EG gemeinsam finanzierte Zivilflughafen Point Salines in ein angebliches strategisches sowjetisch-kubanisches Militärobjekt umgefälscht.

...und „sowjetisch-kubanische Kolonie“

Da setzte man riesige sowjetische Waffenarsenale oder „vermutete“ geheime Raketenstellungen in die Welt, die sich hinterher als nicht einmal für die grenadischen Verteidigungskräfte hinreichend bzw. als Erfindung entpuppten. Da war auf einmal von 1.000 bis 1.500 Kubanern, die zudem mehrheitlich Militärs seien, und von einer „in Vorbereitung befindlichen Besetzung Grenadas durch Kuba“ die Rede. Doch tauchte hinterher in den auf Grenada gefundenen, angeblich geheimen Beleg-Dokumenten nichts dergleichen auf.

Beispielsweise war in dem nun veröffentlichten Regierungsabkommen Grenada-Kuba die Zahl von 27 bis später maximal 40 Militärberatern nachzulesen. Die restlichen rund 760 Kubaner waren auch keine sog. „Bausoldaten“, sondern Entwicklungshelfer, Dienstleistungspersonal der Botschaft und Bauarbeiter gewesen. Von einem sowjetisch-kubanischen Militärstützpunkt oder auch nur einem sowjetischen Militärberater keine Spur.⁶

Alle diese Reagan'schen Behauptungen stießen letztlich genauso ins Leere wie die vorausgegangenen Versuche, Kuba den Sturz der Regierung Bishop zu unterschieben (siehe Interview

Von wegen „umjubelte Besatzer“ Augenzeugenbericht aus St. George's

Mitte November 1983 gelang es bundesdeutschen Bürgern (ihre Namen sind der Redaktion bekannt) auf die besetzte Insel zu reisen. Ihr Situationsbericht ist eine Rarität, die das vom Pentagon verbreitete und in den hiesigen Medien übernommene Bild angeblicher allgemeiner Glückszustände der Grenadier über die Invasion und Besatzung auf den Kopf stellt. Hier Ausschnitte.

Alles wird beobachtet, unterwegs nach St. George's wurde das Taxi zweimal von vorn bis hinten total durchsucht von schwerbewaffneten, nervösen US-Boys. Sie mißtrauten dem Taxifahrer, wollten den Motorraum öffnen, obwohl der Fahrer an „God bless President Reagan“ glaubte.

Hier in St. George's sind die meisten Hotels Geisterschlösser ohne Personal und Direktion. Die Stadt wimmelt von US-Camps, Hubschraubern, Kampffahrzeugen und US-Soldaten.

„US-Soldaten geht heim!“

In St. George's haben die Besatzer viele Farbige, Puertorikaner und Frauen eingesetzt, ja richtig: US-Soldatinnen mit Stahlhelm und MP. Sie grüßen uns dauernd freundlich, denn die Grenadier drehen sich weg. Kinder rufen: „Boomb, boomb – U.S. soldiers go home to New York!“

Ein US-Jeep blieb am Market-Square liegen, doch keiner der vielen Umstehenden half beim Ansheben, alle sahen weg. Die Amis sind sehr einsam hier. Einige bessersituierte Grenadier und ansässige Amis fraternisieren unübersehbar.

Die Soldaten, besonders die Schwarzen unter ihnen, merken die Stimmungslage und wünschen sich so schnell wie möglich weg in die Staaten (sagten sie uns). Und einige Jugendliche von hier sprachen diesen Wunsch ebenfalls aus (für die Soldaten).

Es gibt einen latenten Widerstand im Inselinneren. Dort findet man zerschossene LKWs und ausgebrannte PKWs mit Einschüssen, Anti-US-Parolen.

Die Behörden arbeiten mit dem alten Personal, doch die Führer sind verschwunden und interniert. Die Polizei ist unbewaffnet im Dienst, flankiert von bewaffneten Polizisten aus Jamaika und Barbados. Der Chef ist Jamaikaner.

Es gibt Hetzplakate: „Former PRA-members surrender – your corrupt leaders (Coard, Austin...) have given up!“ „The Grenadian People will never again allow such elements to deliver Grenada to communism.“ usw. („Mitglieder der ehemaligen Revolutionären Volksarmee ergebt euch – eure korrupten Führer haben aufgegeben!“ „Das grenadische Volk wird niemals wieder solchen Elementen erlauben, Grenada dem Kommunismus auszuliefern.“)

Sie werden schon bei Tag abgerissen. Man hofft auf den Abzug der Amis und auf baldige Wahlen.

Die Kriegshandlungen wurden den Grenadiern schon am Tag vor der Invasion offenbar, denn einige US-Kriegsschiffe hatten sich bereits vor der Küste aufgestellt. Radio Free Grenada sendete noch Aufrufe zum totalen



Besatzer-Parole auf dem Flughafen von Grenada: „Hier endet Kommunismus“ (oben); US-Soldat durchsucht Grenadier nach Wa (unten)

Widerstand und Appelle nach draußen, man wolle keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Grenadas, die man allein zu regeln habe.

Doch dann ging es los. Dazu einige Details, die nicht in der Sonderausgabe der Time (New York) vom 7. November 1983 stehen (mit vielen schönen, blutigen Bildern):

- Es kamen nur US-Truppen. Sie hatten zu Beginn schwere Verluste, mehrere Hubschrauber gingen zu Bruch.

Leute der Revolutionären Volksarmee (PRA) sollten angeblich einen notgelandeten Piloten, obwohl er sich ergeben gehabt hätte, erschossen und mit einem Lastwagen durch die Stadt geschleift haben, um dann mehrere Magazine ihrer russischen AK-47-Gewehre in ihn abzuladen, bis er völlig zerschossen gewesen sei. Der gleiche Pilot wurde jedoch mit einem Einschuß am Strand gefunden, ziemlich unversehrt, dort wo er gelandet war.

So funktioniert US-Greuelpropaganda.

- US-Truppen landeten auf Point Salines und eröffneten das Feuer auf die grenadische Miliz und unbewaffnete kubanische Flughafenarbeiter, die zunächst an eine begrenzte Aktion zur Evakuierung der US-Studenten glaubten und sich verspätet zur Wehr setzten. Dabei wurden viele Kubaner getötet.

- Es wurde bombardiert überall, wo man PRA vermutete: Radio Free Grenada (zerstört), ein Mental Hospital (18 Patienten und 3 Zivilisten tot), Fort Rupert (LKWs zerstört und Verletzte), Bishops Residenz (zerstört) und andere Ziele außerhalb von St. George's, Flugplätze.

- Es begann ein Aufrollen und Durchkämmen der Insel nach Kubanern, Russen und PRA. Dabei entstanden weitere Verluste bei US-Soldaten, Miliz, PRA, Kubanern und unter der Zivilbevölkerung. Der „rechte“ Taxifahrer schätzte einige hundert Tote. Die US-Armee beschlagnahmt Leichen, gibt keinerlei Zahlen preis oder unglaubliche (z.B. kein Grenadier sei gestorben, nur Kubaner).

Tage „der Hölle“

Aus vielen Häusern und Hinterhalten wurden US-Truppen beschossen. US-Soldaten sagten uns selbst, daß die ersten Tage „die Hölle“ gewesen und sehr viele verletzt und gefallen seien.

- Eine Propagandaschlacht der Besatzer mit Flugblättern und Lautsprecherwagen (sie forderten die Bevölkerung zur Kollaboration und die Miliz zum Aufgeben auf) führte zu Denunziationen. Man gab den US-Behörden an, wo das Haus Coards und das Versteck Austins (Point Salines) waren. Sie wurden dort festgenommen, entkleidet, gefesselt, erhielten Augenbinden und wurden so für die Propagandafotos aufgenommen.

Viele PRA-Leute glauben der Propaganda, ihnen würde nichts geschehen: Sie müssen längere Zeit ihr Gesicht in den Straßenschlamm drücken, bevor sie so fotografiert und interniert werden. Laut Newsweek haben sich schon 1.800 ergeben.

Man findet so viele Ostblockwaffen und Munition als Beweis für die UdSSR-Kuba-Stützpunkttheorie. Sogar Geheimpapiere, die die Invasion des zwölfmal größeren Trinidad und Tobago durch die PRA beweisen sollen. Wirklich unglaublich so etwas. Das ist US-Politik: Lügen und Medienkontrolle.

Und die angeblich stürmische Begeisterung der Zivilbevölkerung für die Eroberer? Das müssen gestellte Bilder sein. Hier würde sich keiner trauen, den US-Truppen Früchte anzubieten, vor allen Leuten.



Abgeschossener US-Hubschrauber auf Grenada

mit Fidel Castro). Zwar ließen sich von der Desinformationskampagne des Weißen Hauses über 2/3 der US-Bevölkerung in die Irre leiten. Zwar gelang es damit, den Solidarisierungseffekt mit dem grenadischen Widerstand abzuschwächen.

Aber Kuba ließ sich nicht provozieren und engte die internationalen Spielräume der USA durch prompte, unzweifelhafte Gegeninformation ein. In den Vereinten Nationen und in der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) sah sich Washington isoliert. Von der UN-Vollversammlung wurde die US-Invasion am 2.11.1983 als „offener Bruch des Völkerrechts“ verurteilt sowie zu „einer sofortigen Beendigung der bewaffneten Intervention und einem sofortigen Rückzug der fremden Truppen auf Grenada“ aufgerufen.⁷ Ronald Reagan reagierte auf diese Verurteilung mit der Bemerkung: „Sie konnte mein Frühstück in keiner Weise stören.“⁸

Wer soviel Ignoranz mitbringt, ist jederzeit für Wiederholungen gut. Die derzeit gefährdeten Angriffsziele sind das sandinistische Nicaragua, die salvadorianische Befreiungsfront FMLN, das sozialistische Kuba, der Libanon

und Syrien.

Den Verantwortlichen in Washington ging es bei der Operation Grenada zum einen darum, ein für die karibischen Völker nachahmenswertes Beispiel zu zerstören. Zum anderen bot sich ihnen durch die akute Krise der grenadischen Revolution und die militärische Unterlegenheit des Gegners die seltene Gelegenheit, einen leichten Sieg zu erringen. Damit vermochte man zum erstenmal seit der Schmach von Vietnam auf dem Schlachtfeld den Beweis zu erbringen, daß die USA jederzeit entschlossen sind, ihre Militärmacht einzusetzen, und daß sie fähig sind, wieder zu siegen.

Aus der Sicht der Reagan-Administration bewies Grenada ferner, daß man sich nicht zu scheuen braucht, das Risiko einer unmittelbaren Konfrontation etwa mit Kuba oder auch der Sowjetunion einzugehen. Und Grenada bestätigte ihr, daß die Schnelle Eingreiftruppe, die mit dem erfolgreichen Einsatz ihrer 82. Luftlandedivision auf Grenada mitbeteiligt war, tatsächlich die weltweite Interventionskapazität der Weltmacht Nr. 1 voll gewährleistet (siehe Beitrag zu „Air Land Battle“, Teil 2). *Fortsetzung von S. 26*



Verteidigungsberete Miliz in Nicaragua

Deklaration der Grenada-Weltkonferenz

Vom 2.-4. November 1983 beschäftigte sich in Mexiko-Stadt eine Weltkonferenz zur Verteidigung Grenadas, für den Frieden in Mittelamerika und der Karibik mit den Konsequenzen der US-Aggression auf Grenada. An dem vom Weltfriedensrat (WPC) und dem mexikanischen Friedenskomitee initiierten Treffen nahmen u.a. Mexikos Ex-Präsident Luis Echeverria, Grenadas OAS-Repräsentantin Dessima Williams, Nikaraguas Comandante Olga Aviles, der guatemaltekeische Oppositionsführer Guillermo Toriello und WPC-Präsident Romesh Chandra teil. Die Grenada-Deklaration der Konferenz hat folgenden Wortlaut:

Die Regierung der USA hat mit ihrer kriminellen, unmoralischen und nicht zu rechtfertigenden Aktion gegen Grenada jetzt von neuem gegen die Charta der Vereinten Nationen verstoßen. Dieser Affront gegen die Länder Lateinamerikas und der Karibik reiht sich ein in die lange und schändliche Reihe der Aggressionen, die die Regierungen der USA seit dem vergangenen Jahrhundert gegen diesen Kontinent begangen haben. (...)

Die dramatischen Ereignisse auf Grenada zeigen uns einmal mehr, daß die abenteuerliche, kriegstreiberische und wahnsinnige Politik, die die Reagan-Administration in die Praxis umgesetzt hat mit dem Ziel, der Welt die Vorherrschaft des nordamerikanischen Imperialismus aufzuzwingen, Vernunft, Recht und Geschichte ignoriert, und die Menschheit auf gewaltsamem Weg in die atomare Auseinandersetzung führt, die das Verschwinden der menschlichen Rasse zur Folge haben wird.

Die Regierung der USA hat einen Pyrrhus-Sieg in Grenada errungen und dafür eine große moralische Niederlage erlitten.

Was das Pentagon als militärischen Spaziergang ansah, entwickelte sich zum heroischen Widerstand des grenadischen Volkes gegen die mächtige und überlegene Kriegsmaschinerie des nordamerikanischen Imperialismus. Das Volk von Grenada hat mit dem Leben seiner Kinder eine der schönsten Seiten der Geschichte Amerikas geschrieben. Hinzu kommt die würdige, mutige und selbstlose Haltung der kubanischen Bauarbeiter und Arbeiter, die ohne zu zögern mit ihrem Blut die grenadische Erde benetzten, als sie von den nordamerikanischen Invasoren angegriffen wurden.

Von diesen Überlegungen ausgehend, haben die Delegierten der Konferenz folgendes beschlossen:

1. Wir verurteilen entschieden die Aggression der nordamerikanischen Regierung, die sie mit einigen karibischen Lakaien gegen Grenada ausgeführt hat, die Souveränität, das Recht auf Selbstbestimmung und die territoriale Unverletzlichkeit dieses karibischen Landes mißachtend. Das stellt einen verabscheuenswerten Akt dar und beweist einmal mehr den faschistischen Kurs, den die gegenwärtige US-Regierung ihrer Außenpolitik aufgeprägt hat.
2. Wir fordern den sofortigen und bedingungslosen Abzug der Aggressionstruppen aus Grenada und die Respektierung des Rechts auf Selbstbestimmung des grenadischen Volkes.
3. Wir sprechen uns dafür aus zu verhindern, daß die nordamerikanischen Imperialisten sich in ihrer Euphorie über die Vorgänge auf Grenada ermutigt fühlen, ihre Pläne der direkten Intervention gegen Nikaragua, Kuba und andere lateinamerikanische Völker voranzutreiben. Das wäre ein schwerer Irrtum mit unvorhersehbaren Konsequenzen und würde außerdem die Region in ein wahres Kampffeld der Völker für ihre Freiheit und Unabhängigkeit verwandeln.
4. Wir fordern die unverzügliche und bedingungslose Freigabe aller kubanischen Bauarbeiter und Arbeiter, die getötet, verletzt oder durch die Streitkräfte der USA gefangengenommen wurden.
5. Wir fordern Freiheit und Respektierung des Lebens und der physischen Unversehrtheit der Söhne Grenadas, die sich den Invasoren würdig entgegenstellten.
6. Wir fordern die Beendigung der Anwesenheit der Streitkräfte der USA und ihrer militärischen Einrichtungen in Mittelamerika und der Karibik, die eine dauernde Bedrohung für Unabhängigkeit, Frieden und Sicherheit der Völker der Region darstellen.
7. Wir rufen die Regierungen, internationalen Organisationen, die Bewegungen für Frieden und Unabhängigkeit der Völker und die öffentliche Meinung im allgemeinen auf, die nordamerikanische Invasion auf Grenada zu verurteilen, den bedingungslosen Abzug der Aggressionstruppen zu fordern, zu fordern, daß das Recht des grenadischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit respektiert wird, aktiv zu werden, damit Aggressionen durch die entschiedene und feste Haltung der internationalen Gemeinschaft verhindert werden.
(Quelle: Dokument Nr. 1 der Konferenz von Mexiko-Stadt, 4.11.1983)



Daß das Angriffsziel Grenada wegen seiner Winzigkeit und vergleichsweise geringen Verteidigungskraft kein Modell abgeben könne für Mittelamerika oder Kuba, dies anzunehmen wäre überaus gefährlich. Die Operation Grenada zeichnet z.B. für Nikaragua Vergleichswerte vor:

Die Destabilisierung eines Revolutionsregimes durch stetigen wirtschaftlichen Druck (Kreditblockaden) und systematische CIA-Operationen sollen günstige Voraussetzungen für ein militärisches Zuschlagen von außen schaffen. In Grenada bot sich die „Gelegenheit“ durch die Spaltung und Orientierungslosigkeit der regierenden New-Jewel-Bewegung. In Nikaragua soll eine ähnliche Situation durch Dauerangriffe der von Washington gelenkten „Contras“ gestellt werden.

Nach der Reaktivierung des Militärpaktes CONDECA (Guatemala, Honduras, El Salvador) im Oktober 1983 bereitet die Reagan-Administration nun eine Kopie des Hilfsersuchens der ostkaribischen Staaten vom 25.10.1983 vor. Im Fall Nikaragua sollen die CONDECA-Armeen – das sieht der US-Geheimplan „Pegasus“⁹ für die nächsten 3-4 Monate vor – die rundum stationierten rund 20.000 US-Soldaten (in Honduras und auf Kriegsschiffen) um eine Invasionshilfe gegen die „sandinistische Bedrohung“ bitten.

Im Fall Grenada hatten die USA 1981 mit dem Manöver „Ocean Venture“ die Invasion Grenadas zeitig eingeübt, im November 1983 führten sie in Honduras mit dem Manöver „Pig Pine II“ die Generalprobe für die Invasion gegen Nikaragua durch. Wann sie steigen wird, dürfte mit vom innen- und weltpolitischen Gegendruck und dem Grad der Verstrickung der USA im Libanonkonflikt abhängen. Aber den Ausschlag wird sicherlich die reale Siegesaussicht für Washington und die jeweils konkrete Verteidigungsfähigkeit der sandinistischen Revolution geben.

Die Kriegsplaner der Reagan-Administration müssen darauf gefaßt sein, daß die Völker Nikaraguas, Kubas oder El Salvadors bereit und entschlossen sind, sich mit allen Kräften den Aggressoren entgegenzuwerfen. Und dies ist keine der „günstigen Gelegenheiten“, wie sie dem Grenada-Triumphantor Außenminister George Shultz vorschwebt: Er wertete die Operation „Urgent Fury“ als möglichen „Wendepunkt der Geschichte... Wir haben der Welt zu verstehen gegeben, daß wir unsere Interessen schützen werden, gleich was es kostet.“¹⁰ Es bleibt zu hoffen, daß das tragische Beispiel Grenada, die Gefahr bewußter macht, die von dieser Reagan-Administration ausgeht. Denn für sie zumindest ist Grenada überall.

Anmerkungen:

- 1) Zur Geschichte und Programmatik der NJM und der Revolutionären Volksregierung siehe insbesondere den Beitrag von Vincent Noel in: AIB-Sonderheft 1/1981, S. 33-35
- 2) Zit. nach: ebenda, S. 34
- 3) Zu den Massenorganisationen und zum Prinzip der Graswurzeldemokratie siehe ausführlicher: AIB 3/1983, S. 12-14
- 4) Diese und folgende wirtschafts- und sozialstatistischen Daten nach: Report on the National Economy for 1982 and the Budget-Plan for 1983 and Beyond, St. George's, 24.2.1983
- 5) Daten nach: The News, Mexiko-Stadt, 3.11.1983 und Uno mas uno, Mexiko-Stadt, 30.10.1983
- 6) Vgl. insbesondere: Erklärung der Partei und der Revolutionären Regierung Kubas zu den Ereignissen in Grenada, Havanna, 20.10.1983 (deutscher Wortlaut)
- 7) Apia-Interview, zit. nach: Die Tageszeitung, 23.11.1983



Martina Haun/Ludger Schmitz

Weg und Krise der grenadischen Revolution

Der Name der Bewegung war Programm: Joint Endeavour for Welfare, Education and Liberation (Jewel) – Gemeinsame Anstrengung für Wohlfahrt, Bildung und Befreiung. Ein Juwel in der Karibik sollte Grenada nach dem Sturz des Diktators Gairy durch die New-Jewel-Bewegung (NJM) am 13. März 1979 werden.

Eric M. Gairy, der einst als Gewerkschaftsführer im antikolonialen Kampf populär geworden war, hatte sich bald nach seiner Regierungsübernahme im Jahr 1951 als korrupt und dem Imperialismus untätig entpuppt.

Das Land wurde durch internationale Konzerne und Gairys persönliche Bereicherung regelrecht geplündert. Die „öffentliche Ordnung“ besorgte eine aus Staatsmitteln finanzierte Schlägertruppe, die sog. „Mongoose-Gang“, für des Diktators privaten Nutzen.

Der Volkswiderstand gegen die Diktatur gewann seit Ende der 60er Jahre an Breite und Stärke. An Demonstrationen der NJM nahmen bis zu 10% der Bevölkerung teil. Gairy antwortete mit der Verschärfung des Terrors und einer Reihe antidemokratischer Gesetze.

Durch die Wahlschwindel in den Jahren 1973 und 1976 sowie durch die blutige Niederschlagung des dreimonatigen Generalstreiks im Jahr 1974 wurde der NJM klar, daß es auch nach der Vereinigung der gesamten Opposition in der Volksallianz (seit 1973) keinen friedlichen Weg der Befreiung geben könne.¹ Als schließlich Pläne Gairys zur Ermordung der NJM-Führung bekannt wurden, schlugen die wenigen dutzend Kämpfer

der kurz zuvor gebildeten Untergrundarmee zu. Mit Hilfe der spontanen Unterstützung des Volkes konnten Armee, Geheimpolizei und Mongoose-Gang schnell überwältigt werden. Es gab nur drei Tote.

Die NJM, die jetzt die Revolutionäre Volksregierung bildete, wurde geführt von jungen marxistischen bis linksliberalen Persönlichkeiten. Bevor diese in den antidiktatorischen Kämpfen populär geworden waren, hatten die meisten von ihnen eine wirtschaftswissenschaftliche oder juristische Ausbildung an Hochschulen in den USA und Großbritannien absolviert.

M. Bishop hatte in London Jura studiert und danach gemeinsam mit seinem nunmehrigen Justizminister K. Radix eine Anwaltspraxis betrieben. Der Minister für Planung, Finanzen und Handel, B. Coard, war zuvor als Professor der Wirtschaftswissenschaften an der University of West Indies auf Jamaika tätig. H. Austin hatte eine College-Ausbildung und war Straßenbautechniker. Er kommandierte den bewaffneten Aufstand. Nach Auflösung der Gairy-Armee und der Bildung der Revolutionären Volksarmee wurde Austin deren Generalstabschef sowie Minister für Arbeit und Kommunikation.

Maurice Bishop, einst Spitzenkandidat der Volksallianz und Führer der NJM-Fraktion im Parlament, wurde im März 1979 als NJM-Vorsitzender Premierminister der Revolutionären Volksregierung. Er umriß damals die Ziele der Regierung folgendermaßen: „Die Revo-

lution in Grenada ist eine Revolution für Demokratie, für Gerechtigkeit, für sozialen Fortschritt sowie für die gleichberechtigte Teilnahme der Bevölkerung unseres Landes an allen Entscheidungen, die ihr Leben berühren.“²

Zu ihren vier zentralen Zielen erklärte die NJM-Regierung: 1. Aufbau einer wirklichen und unmittelbaren Demokratie; 2. Entwicklung der nationalen Wirtschaft; 3. Verteidigung des Landes, und 4. eine nichtpaktgebundene und internationalistischen Prinzipien verpflichtete Außenpolitik.

Als Erstmaßnahmen wurden die Verfassung außer Kraft gesetzt und alle Gesetze der Gairy-Diktatur für ungültig erklärt. Auf der Grundlage eines „Volksgesetzes“ waren alle Regierungsvorhaben öffentlich zur Diskussion zu stellen.

Die sechs Verwaltungsbezirke Grenadas (Parishes) waren in Zonen mit monatlich tagenden Versammlungen und diese wieder in Mini-Zonen mit einer Art Wohngebietsversammlung unterteilt. Hier wurden alle die jeweiligen Gebiete betreffenden Probleme diskutiert und entschieden.

So nahmen im Frühjahr 1983 ca. 20.000 Grenadier an der Diskussion des Budgetplans teil.

Diese direkte Demokratie wurde „grass-roots“ (Graswurzel)-Demokratie genannt. Nach einem Gesetz von 1983 sollten Gemeinderäte, zonale Versammlungen und eine Nationalversammlung gewählt werden. Ihre Mitglieder waren dem Volk rechenschaftspflichtig und jederzeit abwählbar.

Die Graswurzel-Demokratie

Die Gleichbezahlung gleicher Arbeit für Frauen und Männer, das Organisations- und Streikrecht für Arbeiter und andere demokratische Rechte wurden gesetzlich verankert.

Eine gewaltige Begeisterung des Volkes trug die Revolution. Die Gewerkschaften, die Nationale Frauenorganisation (NWO) und die Nationale Jugendorganisation (NYO) hatten enormen Zulauf. Ende 1981 waren bereits 18% der Bevölkerung in ihnen Mitglied.³

Gestützt auf die Massenorganisationen begann gleich nach der Revolution eine Bildungskampagne, die nicht nur die Analphabetenrate auf 10% (1982) weiter absenkte, sondern auch besonders die Weiterbildung Erwachsener zum Ziel hatte.⁴

Gleichzeitig wurden in allen Landesbezirken Poli- und Zahnkliniken errichtet, die vor allem mit Hilfe kubanischer Ärzte in kurzer Zeit funktionstüchtig waren. Im Lande liefen Kampagnen zur gesundheitlichen Vorsorge.

Von 1979-82 gab die NJM-Regierung durchschnittlich 35% ihrer Jahreshaushalte für das Erziehungs- und Gesundheitswesen aus (zum Vergleich: 1982 gingen nur 5,9% an den Verteidigungshaushalt).

Durch staatliche Projekte und Aufträge vermochte man gleich mehrere dringende Probleme zu lösen: Die Arbeitslosenrate wurde von 49% (1979) auf 14% (1982) gesenkt. Durch maschinelle Modernisierung und Verbesserung der Transportmöglichkeiten sanken die Produktionskosten, und damit stieg die Konkurrenzfähigkeit grenadischer Waren auf dem nationalen wie dem internationalen Markt. Das Wirtschaftswachstum wurde von 2,1% im Jahre 1979 auf 5,5% 1982 angehoben.

Der allgemeine Aufschwung schlug sich für die Lohnabhängigen in Reallohnsteigerungen 1981 und 1982 von 7% bzw. 3% nieder.

Insbesondere stand die staatliche Wirtschaftspolitik vor der Notwendigkeit, Devisen zu sparen oder neue einzunehmen. Denn während die Preise für Grenadas (landwirtschaftliche) Exportprodukte sanken, stiegen die Preise für zu importierende Waren.

Wirtschaftsentwicklung fürs Volk

Durch die Diversifizierung der Landwirtschaft und den Aufbau einer industriellen Produktion wurden einerseits Devisen für Importe gespart und die Preise auf dem nationalen Markt niedrig gehalten. Andererseits konnte man den Anteil der traditionellen Exportprodukte Kakao, Bananen und Muskatnüsse an der Gesamtausfuhr von 90% im Jahre 1979 auf etwa 60% im Jahre 1982 senken. Im gleichen Zeitraum stieg der Exportanteil anderer Güter wie Bekleidung, Frischfrüchte, Möbel usw. auf etwa 40%. Diese Produkte fanden Abnehmer auf den neu gewonnenen Märkten der Region, vor allem Trinidad und Tobago.

Die für die ehrgeizigen Entwicklungsanstrengungen notwendigen enormen staatlichen Investitionen in Kapitalanlagen von 37,4 Mio Dollar allein im Jahre 1982 – 1978 waren es nur 3,0 Mio Dollar gewesen – wären ohne umfangreiche ausländische Hilfe nicht zu realisieren gewesen. Von den 1982 benötigten Geldern erhielt Grenada 63,1% geschenkt oder zu außerordentlich niedrigen Zinssätzen geborgt. Geber waren Kuba, arabische und sozialistische Staaten sowie internationale Organisationen.

Das größte Einzelprojekt, der nahezu fertiggestellte Bau des internationalen Flughafens in Point Salines, beanspruchte allein 37,2% aller im Jahresbudget

Interview mit Maurice Bishop Unser Beispiel – eine echte Demokratie

Der Reporter Wayne Ellwood führte in Saint George's eines der letzten Interviews mit Premierminister Maurice Bishop, kurz vor seinem tragischen Tod am 19. Oktober 1983.

Über die vorherige Regierung

Wir haben eine Situation absoluter Planlosigkeit geerbt. Es war Anarchie. Im Haushalt 1978 waren 15 Dollar für einen Wirtschaftsfachmann für das ganze Jahr bereitgestellt. Als wir im Parlament Druck machten, wurde uns gesagt, dies sei eine Vorbereitungsmaßnahme für den Fall, daß sie einen Wirtschaftsfachmann finden würden. Gairy glaubte, daß er ein Mystiker sei. Anscheinend glaubte er, daß er eine direkte Verbindung zu Gott hätte, und daß auf diese Weise die Probleme des Landes gelöst würden.



Über die Beziehungen zu den USA

Wir sind offensichtlich keine Bedrohung für die USA. Auch Kuba ist das nicht. Ich denke, Washington fürchtet, daß wir ein Beispiel für den Rest der Region darstellen würden, wenn unsere Revolution Erfolg hat.

In der karibischen Region handelt es sich um kleine Länder mit geringer Einwohnerschaft und beschränkten Rohstoffquellen, um Länder, die über Jahre hinweg klassische Beispiele für neokapitalistische Abhängigkeit waren. Nun gibt es diese neuen Regierungen wie Nicaragua und Grenada, die einen anderen Versuch unternehmen. Sie betrachten ihre Entwicklung nicht mehr unter der Fragestellung, wieviele Hotels sie am Strand haben, sondern unter dem Gesichtspunkt, welchen Nutzen das Volk hat: Wieviele haben Arbeit? Wieviele haben Essen, eine Behausung, Kleidung? Wieviele Kinder erhalten eine Schulausbildung?

In Grenada glauben wir fest daran, daß die Völker der englischsprachigen Karibik sehen wollen, daß ein Versuch wie dieser Erfolg hat. Sie wollen sehen, daß das, was wir versuchen aufzubauen, vorankommt. Amerika versteht das, und offensichtlich wäre es sehr,

sehr subversiv, wenn wir dort Erfolg haben können, wo vorherige Regierungen, die anderen Modellen folgten, versagt haben.

Über Demokratie und Wahlen

Wir glauben nicht, daß ein parlamentarisches System das der unsrigen Situation am meisten entsprechende ist. Wir versuchen, unsere Revolution auf der Grundlage einer neuen Form der Demokratie aufzubauen: unten ansetzende und demokratische, schöpferische Mechanismen und Einrichtungen, die wirklich für das Volk von Bedeutung sind. Wenn wir Erfolg haben, wird das die gesamte parlamentarische Herangehensweise an die Demokratie in Frage stellen, von der wir einschätzen, daß sie in der Region versagt hat. Wir glauben, daß Wahlen wichtig sein können, aber für uns ist es eine Frage des Zeitpunktes. Wir halten sie im Moment nicht für vorrangig.

Wir würden lieber dann Wahlen sehen, wenn die Wirtschaft stabiler ist, wenn die Revolution gefestigter ist, wenn in der Tat mehr Menschen Nutzen aus ihr gezogen haben, wenn mehr Menschen lesen und schreiben können und in der Lage sind, zu verstehen, was die Stimmabgabe wirklich bedeutet, und welche Rolle sie beim Aufbau einer auf echter Teilnahme aufgebauten Demokratie übernehmen sollen.

Über Menschenrechte

Wir haben von Menschenrechten eine ganz andere Vorstellung als sog. westliche Demokratien. Wir sehen Menschenrechte mehr im Licht wirtschaftlicher Rechte: Menschen haben das Recht auf Arbeit, Wohnung, Gesundheit und Ausbildung.

Mit bürgerlichen und politischen Menschenrechten haben wir keine Schwierigkeiten. Wir unterstützen sie. Aber viele westliche Demokratien haben tausende von politischen Gefangenen. Denken Sie an Großbritannien im Hinblick auf Nordirland.

Unser Standpunkt ist der, daß Leute, die eine Bedrohung der nationalen Sicherheit darstellen, von der Gesellschaft ferngehalten werden sollen, und zwar sowohl in ihrem eigenen Interesse als auch, vom Grundsätzlichen her, im Interesse der neuen Gesellschaft, die wir aufzubauen versuchen.

Über Hilfe

Nichtpaktgebundenheit bedeutet für uns das Recht, unser eigenes System aufzubauen und Beziehungen zu allen Ländern zu haben, mit denen uns das wünschenswert erscheint – was im Grunde genommen heißt, alle Länder außer Südafrika.

Die einzige Bedingung der Hilfe ist, daß sie nicht mit Haken und Ösen verbunden ist, die wir für unannehmbar halten. Wenn uns eine Gruppe sagt: „Ihr müßt Euren Haushalt ins Gleichgewicht bringen“ und das auch unser Ziel ist, nun, da gibt es kein Problem. Wenn eine Kreditagentur sagt: „Ihr müßt Eure Sozialausgaben kürzen und Leute entlassen“, nun, das ist nicht Teil unseres Zieles, und wir würden diese Art von Hilfe nicht annehmen.

(Quelle: The News, Mexiko-Stadt, 3.11.1983)

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde
von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot: _____

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

**Bestelliste**

Stück	Artikel	Einzel-Preis	Gesamt-Preis
—	Kaffee aus Nicaragua 1 Pfund	12,00	
—	Plakatmappe Nicaragua Sonderpreis	12,00	
—	Graphikmappe, Rafael Cabrera, (ab 10 Ex. 8,00 DM)	10,00	
—	Schallplatte „Por la Paz“ der Salvadorianischen Gruppe Banda Tepevani	16,50	
—	Broschüre „Eine neue interameri- kanische Politik für die 80er Jahre“, Geheimdokument des Komitees von Santa Fe für den jetzigen US-Präsidenten Reagan, DIN A5, 48 Seiten (ab 10 Exemplare 2,70 DM)	3,00	
—	T-Shirt, weiß mit Aufdruck „FMLN-EI Salvador vencera“ und einem FMLN-Kämpfer Größen 4, 5 und 6	15,00	
—	Anhänger ASK-Taube aus Silber	14,00	
—	Anhänger ASK-Minitaube aus Silber	9,00	
—	Silberkettchen , dazu passend	7,00	
—	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Kettchen m. Stecker, Paar	27,50	
—	Ohrstecker ASK-Taube aus Silber, Paar	19,80	
—	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Silberbügel, Paar	23,00	
—	Anstecker ASK-Taube aus Silber	19,00	
—	Anhänger ASK-Taube aus Ton, braun oder blau	5,00	



**Hände weg
von Nicaragua!**

**den Aufbau
unterstützen...**

...Kaffee

**aus
Nicaragua
trinken!**

**1
Pfund
12,-DM**

Bitte
freimachen

POSTKARTE

Absender:



Plakatmappe „Nicaragua Libre!“
mit 15 Plakaten aus dem freien
Nicaragua, DIN A3, alle Plakate
mehrfarbig, Sonderpreis 12,— DM



Graphikmappe des salvadoriani-
schen Künstlers Rafael Cabrera,
5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Ge-
dichten von Neruda, Cardenal,
Vega, DIN A4 Überformat, s/w,
Stück 10,— DM, ab 10 Ex, 8,— DM



Anhänger ASK-Taube aus Silber,
Stück 14,— DM



Ohrhänger ASK-Taube aus Silber,
an Kettchen mit Stecker,
Paar 27,50 DM

Anhänger ASK-Taube aus Ton,
braun oder blau, Stück 5,— DM

An
Solidaritätsshop
Dritte Welt
Mainzer Landstraße 15

6000 Frankfurt/Main 1

1983 vorgesehenen Kapitalinvestitionen. Für ihn mußten 1983 mehr als 1/3 aller zu normalen Sätzen auf dem internationalen Kapitalmarkt geliehenen Gelder aufgewendet werden.

Mit seiner Eröffnung im Jahr 1984 wäre nicht nur die in den vergangenen Jahren stark angestiegene Neuverschuldung zurückgegangen, sondern die Regierung Bishop erwartete darüber hinaus durch eine Ausweitung des devisenträchtigen Tourismusgeschäfts eine weitere Wirtschaftsbelebung.

Es verwundert nicht, daß die USA versuchten, gerade das Flughafenprojekt, gedacht als Dreh- und Angelpunkt zur Erschließung zusätzlicher Deviseneinnahmen, zu verhindern. Ihnen ging es darum, letztlich einer wirtschaftlichen Stärkung der Revolution den Weg zu verbauen.

Außenpolitisch verfiel die Washingtoner Propagandakampagne, der Flughafen werde dem „kubanisch-sowjetischen Revolutionsexport als Sprungbrett“ dienen, nicht.

Die NJM hatte sich mit ihrer Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale zumindest einer begrenzten Solidarität auch wichtiger westeuropäischer Regierungen und Parteien versichert. Außerdem genoß Grenada als aktives Mitglied der Bewegung der Nichtpaktgebundenen hohes Ansehen.

US-Destabilisierung auf Raten

Aber in der Frage der Behinderung einer Entwicklung waren die USA immer da erfolgreich, wo ihr wirtschaftlicher Einfluß größer war als Grenadas allseits gelobte Kreditwürdigkeit (Grenada hatte mit 4,5% eine 1982 im internationalen Vergleich ungewöhnlich niedrige Schuldentilgungsrate).

Dabei versteht es sich von selbst, daß das revolutionäre Grenada keine Hilfe aus den USA bekam – das einzige war ein beleidigendes 5.000 Dollar-Angebot vom April 1979. Bei der Europäischen Gemeinschaft und der Weltbank ver-

suchte die US-Regierung die Vergabe von Krediten zu verhindern.

Nach Aussagen des französischen Außenministers C. Cheysson erfolgte 1981 die Sperrung eines bereits gebilligten 19-Mio-Dollar-Darlehens des Internationalen Währungsfonds auf Druck Washingtons. Im selben Jahr war eine Beitragszahlung der USA an die Karibische Entwicklungsbank in Höhe von 4 Mio Dollar mit der Auflage verbunden, Grenada dürfe davon keine Darlehen bekommen.⁵

Das war nur eine Form der Intervention. Der US-Geheimdienst CIA unterstützte grenadische Exilgruppen, die wiederholt Söldnerinvasionen vorbereiteten, sowie u.a. die Desinformationskampagne einer Oppositionsgruppe auf Grenada mittels der Untergrundzeitschrift „Grenadian Voice“.

Schließlich wurde 1981 beim Manöver „Ocean Venture 81“ von US-Streitkräften die Invasion geübt: Ein Landungsmanöver auf der puertorikanischen Insel Vieques trug den Operationstitel „Amber and Amberines“. US-Konteradmiral

Grenada-Daten



Territorium und Bevölkerung: 344 qkm, bestehend aus der Hauptinsel und den 6 Inseln der Grenadinen, 110.000 Einwohner (1982)
Hauptstadt: St. George's (30.800 Ew.)
Religion: ca. 2/3 Katholiken, im übrigen andere christliche Kirchen
Währung: Ostkaribischer Dollar (EC-Dollar); 1 EC-Dollar = 1,02 DM
Politischer Status: Seit 1974 unabhängig, Staatsoberhaupt: Königin Elizabeth II., vertreten durch Generalgouverneur Sir Paul Scoon; Zugehörigkeit zum britischen Commonwealth
Struktur der Binnenwirtschaft:
 1980 (in Klammern Zahlen für 1970) waren 53% (40%) der 27.500 Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich, 28% (35%) in der Landwirtschaft, 15% (16%) im Bausektor

und 4% (8%) in der Industrie beschäftigt. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) zu Marktpreisen wuchs von 172,3 Mio EC-Dollar 1978 auf 290,5 Mio EC-Dollar 1982. Der Anteil der Wirtschaftsbereiche am BIP betrug 1982 (1978): Land-, Fisch- und Forstwirtschaft 25% (34%), Industrie 3% (3%), Bauwirtschaft 7% (3%), Handel 14% (14%), Transport- und Nachrichtenwesen 6% (6%), sonstige 45% (20%).

Grenada hat keine Rohstoffvorkommen. Wichtigste landwirtschaftliche Erzeugnisse sind Bananen, Zuckerrohr, Kakao und Muskatnüsse. Die Produktion von Bananen und Zuckerrohr ging seit 1978 um jeweils etwa 1/3 zurück. In der industriellen Produktion nahm insbesondere die Herstellung von Bekleidungsstücken zu. Andere wichtige industrielle Produkte sind Zucker, Bier, Kokosnußmehl, Seifen und Malz.

Nach der Revolution war der private Sektor der Wirtschaft nicht angetastet worden. Er erwirtschaftete 1983 48% (1981: 50%) des BIP. Die Produktivität der seit der Revolution durch Zusammenschluß kleiner Betriebe gegründeten Kooperativen betrug 1982 27,5% (29,5%) des BIP. Aus den einzigen durch die Regierung Bishop enteigneten Betrieben, denen des Diktators E.M. Gairy, entstand ein staatlicher Sektor von insgesamt 32 Unternehmen. Mit 72,9 Mio EC-Dollar produzierten sie 1982 knapp 1/4 des BIP, gegenüber 1981 eine Steigerung um 34%.

Außenwirtschaft: Die Handelsbilanz ergab 1982 ein Defizit von 52,7 Mio US-Dollar (1978: -19,8). Die Zahlungsbilanz des Jahres 1982 war mit 0,1 Mio US-Dollar leicht positiv (1978: -1,3). Die öffentliche Auslandsverschuldung betrug 1982 23,91 Mio US-Dollar (1978: 6,97). 1982 betrug sie in Bezug auf das BIP 8,2% (1978: 4,0%). Wichtigster Importeur sind die USA mit

20,2% aller Importe (1982), dicht gefolgt von Trinidad und Tobago sowie Großbritannien. Die Einfuhren aus anderen EG-Ländern sind marginal. 32,2% der Exporte gingen 1982 nach Großbritannien, 26% nach Trinidad und Tobago (1978 nur 4,1%). Die BRD und die Niederlande folgen mit je ca. 10%, während die USA keinen nennenswerten Absatzmarkt für grenadische Produkte darstellen.

Geschichte:

- 1498 „Entdeckung“ Grenadas durch Chr. Columbus
- 1784 Nach zwischenzeitlich auch französischem Besitz wird Grenada englische Kolonie
- 1968 Innere Autonomie und Assoziation im Commonwealth
- 1973 Gründung der New-Jewel-Bewegung (NJM)
- 1974 Unabhängigkeit
- 13. 3.1979 Sturz Gairys und Bildung einer revolutionären Volksregierung der NJM unter Maurice Bishop
- 15.10.1983 M. Bishop wird von einer Mehrheit des NJM - Zentralkomitees seiner Ämter enthoben und unter Hausarrest gestellt
- 19.10.1983 M. Bishop wird von einer großen demonstrierenden Menschenmenge befreit. Am Abend werden Bishop und andere NJM - Führungspersonlichkeiten ermordet. Ein „Revolutionärer Militärrat“ unter Leitung von Generalstabschef H. Austin übernimmt die Macht, verhängt den Ausnahmezustand und eine totale Ausgangssperre
- 25.10.1983 Invasion von US-Marineinfanteristen und einigen hundert Soldaten aus sechs Karibikstaaten

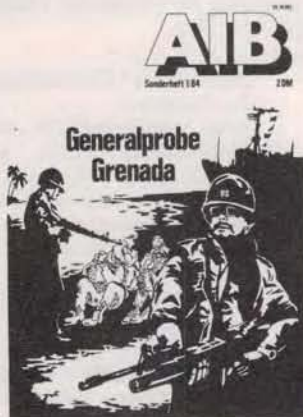
AIB-Sonderhefte



1/83: BRD und 3. Welt



2/83: Chile



1/84: Generalprobe Grenada

Mit folgenden Beiträgen:

Grenada und die Bundesregierung ● Operation Grenada – Reagans Generalprobe ● Weg und Krise der grenadinischen Revolution ● Exklusiv-Interview mit Dessima Williams (New Jewel) ● Stimmen zur Grenada-Invasion: Fidel Castro, Tomás Borge, FMLN-Generalkommando ● Deklaration der Grenada-Weltkonferenz von Mexiko ● Aktions- und Materialspiegel
Umfang: 24-36 Seiten, Preis je 2 DM (zuzüglich 0,60 DM Porto; ab 10 Ex. 33% Rabatt; Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken).

McKenzie bejahte damals die Frage, ob damit Grenada und die Grenadinen (grenadische Inseln, u.a. Carriacou) gemeint seien.

Im Angesicht solcher Drohungen sah sich Grenada genötigt, seit 1979 die Verteidigungsausgaben jährlich um 0,5 Mio Dollar auf 1982 schließlich 4,0 Mio Dollar zu erhöhen, und damit der Entwicklung zu entziehen. Eine Einsparung dieser Mehrausgaben hätte gereicht, alle im Haushaltsplan 1983 vorgesehenen Investitionen für Straßenbau und -unterhaltung zu bezahlen.

Parallel zur bedrohlicher werdenden äußeren Situation wuchsen die Probleme im Inneren. In dem Maße, wie sich die baldige Konkretisierung vieler Ziele als Illusion erwies, sank die Bereitschaft zur Mitarbeit an den Entwicklungsvorhaben der Revolution. Beispielsweise ging die Beteiligung an den freiwilligen sonntäglichen Arbeitseinsätzen zurück. Insbesondere bei der Jugendorganisation gab es Schwächen in der Kontinuität der Arbeit und der Mobilisierung der Mitglieder.

Die Massenorganisationen NWO und NYO stellten selbstkritisch fest, daß es nicht nur für die Wirtschaftsentwicklung, sondern auch auf politischer Ebene an erfahrenen und fähigen Kadern mangelte.

Nachlassen des Revolutionselans

Um dem entgegenzuwirken, erklärte die New-Jewel-Bewegung das Jahr 1983 zum „Jahr der politischen und akademischen Bildung“. Die Hauptaktivitäten sollten die Weiterbildungskurse des Zentrums für Volksbildung (CPE) sein.

Aber die dort erreichten Ergebnisse waren keineswegs zufriedenstellend: Bei einem Jahresplanziel von 4.000 hatten Ende Juli 1983 erst 700 Personen an CPE-Kursen teilgenommen.

Vor diesem ernüchternden Hintergrund diskutierte das NJM-Zentralkomitee im Herbst 1983 über bisherige Schwächen und Fehler, um das weitere Vorantreiben des Revolutionsprozesses zu bestimmen. Aus der Diskussion wurde von einer Mehrheit des NJM-Zentralkomitees die Konsequenz gezogen, M. Bishop, dem subjektive Fehler, Personenkult und Schwächen in der politischen Leitung der Partei vorgeworfen wurden, als Parteivorsitzenden abzusetzen. Die auf diesen Beschluß folgenden, in ihren Details noch immer nicht eindeutig geklärten Auseinandersetzungen im NJM-Zentralkomitee und in der Regierung endeten am 19.10.1983 mit der Ermordung des populären Premierministers, dreier Regierungsmitglieder, zweier Gewerkschaftsführer und vieler Bürger.

Ein „Revolutionärer Militärrat“ (RMC) unter Leitung von Generalstabschef H. Austin übernahm die Macht.

Damit hatten die Militärs die Revolution enthauptet. Durch die Ermordung M. Bishops hatten sie der NJM die zentrale Führungspersönlichkeit, die durch ihr hohes Ansehen und ihre die Revolution immer wieder antreibende Beispielwirkung herausragte, genommen.

Das Militär war vom Volk isoliert. Viele Soldaten gingen einfach nach Hause. Die Volksmiliz, Basis der Landesverteidigung, existierte faktisch nicht mehr, denn sie war schon zu Beginn der ZK-Auseinandersetzungen von Vizepremier Bernard Coard entwapfenet worden, um ihr befürchtetes Eingreifen zugunsten Maurice Bishops abzublocken.

Das Austin-Regime war auch außenpolitisch völlig isoliert.

Die karibische Wirtschaftsgemeinschaft CARICOM beschloß den Ausschluß Grenadas und einen vollständigen Boykott des Handels und Verkehrs. Die Regierung Kubas verurteilte in ungewöhnlich scharfen Erklärungen die Ermordung M. Bishops und stellte eine Überprüfung der weiteren politischen und wirtschaftlichen Beziehungen in Aussicht.⁶

Für die in den Morgenstunden des 25. Oktober 1983 eröffnete US-Invasion hätte es keinen günstigeren Moment geben können. 4 1/2 Jahre Arbeit und Erfolge der Revolution wurden mit dem Kriegszug zertreten.

Für George Louison, Landwirtschaftsminister unter M. Bishop, bedeutet sie allerdings nicht das endgültige Aus der Revolution: „...ich habe unerschütterliches Vertrauen in unser Volk. Nach einer gewissen Zeit wird sich das Bewußtsein der Leute erheben. Denn nichts kann zum Beispiel die Errungenschaften für die Arbeiter, die unter der Regierung von Maurice erreicht wurden, aus dem Gedächtnis der Grenadiner streichen.“⁷

Anmerkungen:

- 1) Zur Geschichte und Programmatik der NJM und der Revolutionären Volksregierung siehe insbesondere den Beitrag von Vincent Noel in: AIB-Sonderheft 1/1981, S. 33-35
- 2) Zit. nach: ebenda, S. 34
- 3) Zu den Massenorganisationen und zum Prinzip der Graswurzeldemokratie siehe ausführlicher: AIB 3/1983, S. 12-14
- 4) Diese und folgende wirtschafts- und sozialstatistischen Daten nach: Report on the National Economy for 1982 and the Budget-Plan for 1983 and Beyond, St. George's, 24.2.1983
- 5) Daten nach: The News, Mexiko-Stadt, 3.11.1983 und Uno mas uno, Mexiko-Stadt, 30.10.1983
- 6) Vgl. insbesondere: Erklärung der Partei und der Revolutionären Regierung Kubas zu den Ereignissen in Grenada, Havanna, 20.10.1983 (deutscher Wortlaut)
- 7) Apia-Interview, zit. nach: Die Tageszeitung, 23.11.1983

Gespräch mit Dessima Williams

Grenada ist nicht Puerto Rico!

Unter der Regierung Bishop wurde Dessima Williams zur Botschafterin Grenadas bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ernannt — eine Funktion, die sie nach der Invasion der USA weiter innehat. In Mexiko-Stadt stellte sie sich den Fragen des AIB.



AIB: Frau Botschafterin, werden Sie und andere internationale Repräsentanten der grenadischen Revolutionsregierung nun, da die Reagan-Administration die Formierung einer sog. Übergangsregierung in Grenada angekündigt hat, Ihre Position räumen?

D. WILLIAMS: Zunächst einmal bestehe ich selbstverständlich darauf, daß ich dem diplomatischen Korps Grenadas weiterhin vorstehe.

Unsere Position sieht so aus: Wir betrachten die politischen, diplomatischen und militärischen Manöver der USA als fundamentale Bestandteile ihres Okkupationsprogramms auf Grenada, das wir im Namen unseres Volkes abgelehnt haben. Auch der Vertreter unserer revolutionären Volksregierung bei den Ver-

einten Nationen steht — wie bislang alle unsere internationalen Repräsentanten — zu dieser Verweigerung.

Unser UNO-Vertreter, der zugleich stellvertretender Außenminister unserer Volksregierung ist, hat vor den Vereinten Nationen sinngemäß klargestellt: „Wir sind nicht Puerto Rico (de facto Kolonie der USA; d. Red.) und werden es nie sein. Die USA können mich nur mit physischer Gewalt von meinem UNO-Stuhl in New York entfernen.“

Verbrechen der Okkupanten

AIB: Wie lautet Ihre Definition der Reagan'schen Operation auf Grenada im völkerrechtlichen Sinne?

D. WILLIAMS: Mit ihrer Invasion und Okkupation Grenadas hat sich die Regierung Reagan schwerer Verstöße gegen das geltende Völkerrecht schuldig gemacht, einer Aggression, eines Angriffskrieges, abscheulicher Kriegsverbrechen. Die nunmehrige Errichtung einer Besatzungsmacht auf Dauer stellt eine weitere grobe Verletzung des Völkerrechts dar. AIB: Verantwortliche in Washington und der britische Ex-Gouverneur Scoon brachten unmittelbar nach der Invasion die Idee ins Spiel, bald Wahlen abzuhalten. Was sagen Sie dazu?

D. WILLIAMS: Es ist eine ungeheuerliche Zumutung im Angesicht der ausländischen Besatzungstruppen, die mit Mord und Terror in unser Land eingefallen sind, von Wahlen zu sprechen. In dieser Situation der Okkupation Grenadas steht einzig und allein die Forderung nach einem bedingungslosen und unverzüglichen Abzug der Aggressionstruppen.

Die Entscheidung über Wahlen liegt ausschließlich bei der 1979 gegen die Gairy-Diktatur erkämpften Volksregierung Grenadas. Die USA haben kein Recht, anderen Völkern irgendwelche Vorschriften zu machen.

Im übrigen stellt sich in Sachen Wahlen die Frage, warum Washington dann seine Truppen nicht konsequenterweise auch nach Südafrika oder Chile entsendet, um dort Wahlen durchzusetzen?

AIB: Sie sprachen Kriegsverbrechen der Invasoren auf Grenada an. Können Sie Beispiele nennen?

D. WILLIAMS: Die US-Truppen haben gleich nach Beginn ihrer Invasion zwei Krankenhäuser bombardiert, wovon eines der psychiatrischen Behandlungsdienste. Eine Vielzahl von Menschen wurde getötet.

Das ist ein Verbrechen. Warum fliegt man Bombenangriffe auf Einrichtungen, in denen Kinder zur Welt gebracht oder hilflose Menschen, Pflegefälle versorgt werden?

Ein zweiter verbrecherischer Akt ist das Anlegen von Massengräbern, in denen man ermordete Grenadier verschwinden läßt. Es ist dieselbe Praxis wie sie die Rassistarmee Südafrikas in Angola anwendet.

Ferner haben die Invasoren viele Grenadier von der Insel deportiert, zum Teil auf ihre Militärbasis Antigua. Viele andere wurden gezwungen Grenada zu verlassen, weil sie ihre Unterstützung für die grenadische Revolution offen gezeigt hatten. Und Berichte besagen, daß wieder andere in einem Konzentrationslager auf Grenada zusammengepfercht wurden.

Die kubanischen Bauarbeiter geben ein Beispiel

AIB: Die Reagan-Administration hat ihre Aggression namentlich damit gerechtfertigt, Grenada sei von Kuba instrumentalisiert worden. Wie sehen Sie den Einfluß Kubas in Ihrem Land?

D. WILLIAMS: Die kubanische Präsenz auf Grenada fußte auf gemeinsamen vertraglichen Vereinbarungen, die nicht nur auf höchster Regierungsebene getroffen wurden, sondern auch in der Regel auf das Ersuchen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen unseres Landes zurückgingen.

Die Kubaner sind als Freunde auf unser Bitten hin zu uns gekommen. Sie unterstützten unser Volk im Kampf gegen den Hunger, halfen beim Bau von Schulen, Krankenhäusern und anderen sozialen Einrichtungen. Ihre Tätigkeit war in

langfristig angelegte Regierungsprojekte eingebettet...

AIB: Es hieß auch, Kuba wolle Militärbasen auf Grenada errichten...

D. WILLIAMS: Der angebliche Bau eines Militärflughafens durch kubanische Spezialisten auf Grenada, nämlich Point Salines, ist eine reine Erfindung Washingtons. Das vielzitierte Objekt diente allein zivilen Zwecken. Es wurde erst von den US-Aggressionstruppen in einen Militärflughafen verwandelt.

Ich weise ferner darauf hin, daß nur wenige Stunden nach dem Invasionsbeginn US-Militärs ihre Absicht kundtaten, auf Grenada Marinebasen für ihre Kriegsflotte einzurichten. Und dies, obwohl die USA ohnehin schon 22 dieser Basen in der Karibik unterhalten.

Davon abgesehen steht es jedem revolutionären Land zu, alle aus seiner Sicht erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um seine Verteidigung gegen Interventionsvorhaben von außen zu gewährleisten. Wenn uns bei der Ausbildung von Selbstverteidigungskräften kubanische Militärberater auf unseren Wunsch halfen, so diente das allein der Festigung unserer Souveränität.

Innere Konfusion vor der Invasion

AIB: Der Großteil der westlichen Medien suchte in den ersten Tagen der US-Invasion ein Bild zu zeichnen, als würden auf Grenada nur Kubaner Widerstand leisten. Was können Sie dem entgegenhalten?

D. WILLIAMS: Zunächst einmal möchte ich hervorheben, daß die in unserem Land anwesenden kubanischen Werk-tätigen allen Grenadiern ein Beispiel gaben, indem sie den Invasionstruppen aktiven Widerstand entgegensetzten. Das gilt insbesondere für die Brigade von Bauarbeitern, die auf dem Flughafengelände Point Salines tätig war.

Das Volk Grenadas ist stolz darauf, kubanische Freunde zu haben, die im Kampf gegen die Invasoren ihr Leben einsetzten.

Zugleich möchte ich darauf verweisen, daß der unmittelbare Widerstand gegen die Übermacht der Invasionstruppen von den bewaffneten Kräften Grenadas selbst kam. Unser Volk hatte am Morgen des 25.10.1983 die nötige Vorbereitung und das nötige Bewußtsein, um zu kämpfen.

AIB: Aber dieser Widerstand hätte sicher weit stärker sein können, wären die Verteidigungskräfte nicht durch den vorausgegangenen Konflikt in den Reihen der New-Jewel-Bewegung (NJM) und der Regierung geschwächt gewesen. Oder sehen Sie das anders?

D. WILLIAMS: Nein, keineswegs. Gewiß hätte unser Widerstand wesentlich

stärker sein können, wenn die Konfusion nicht gewesen wäre, die durch den Tod von Premierminister Bishop und anderen Führern innerhalb der New-Jewel-Bewegung, der bewaffneten Kräfte und der Bevölkerung herrschte.

Nur so konnte es geschehen, daß, als die ersten 2.000 US-Fallschirmjäger an Land gingen, ihnen der Großteil der Miliz unbewaffnet gegenübertrat. Die Invasoren rechneten damit, nur bei den ca. 2.000 Kämpfern der spärlich ausgerüsteten Volksarmee auf ernstem Widerstand zu stoßen.

In den Milizen waren aber immerhin 5.000 Grenadier organisiert, ausgebildet und im Sinne der Revolution politisch erzogen worden, bei einer Gesamtbevöl-



Volkserziehung und Alphabetisierung – eine Errungenschaft der Regierung Bishop

kerung von 110.000 ein ansehnlicher Anteil. Unser Volk war in den letzten 4 Jahren auf eine Invasion vorbereitet worden, in den Zentren der Arbeit, auf den Landgütern, überall auf dem Land. Doch die im Oktober 1983 innerhalb der revolutionären Kräfte ausgebrochene Konfusion ließ es nicht zu, daß der von der New-Jewel-Bewegung vorgezeichnete Verteidigungsauftrag voll zur Geltung gebracht werden konnte.

Die US-Invasion hat jedoch einen Konsens im Lande neugeschaffen.

AIB: Meinen Sie auch, daß das gesamte Widerstandspotential auf Grenada auf einheitlicher Grundlage reorganisiert, wieder zusammengefaßt werden kann?

D. WILLIAMS: Für mich steht fest, daß sich das Volk Grenadas niemals mit der Okkupation abfinden wird. Ungeachtet der Übermacht des mit modernsten Waffen ausgerüsteten Aggressors wird der Widerstand mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln fortgesetzt. Die stärkste Waffe in diesem gerechten Kampf zur

Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit sind die Einheit aller Patrioten und die weltweite Solidarität.

Wir sind keine Kolonie der USA, sondern ein souveräner Staat.

Ich will Ihnen noch ein Beispiel nennen, das typisch ist für den ungebrochenen Widerstandswillen des grenadischen Volkes. Am Morgen des 25. Oktober 1983 verabschiedete sich eine staatliche Angestellte in St. George's, die die Telex-Maschine bediente, angesichts der Bombenangriffe auf das Außenministerium mit folgenden Worten: „Ich verlasse jetzt das Gebäude, weil sie uns bombardieren und weil wir uns zum Widerstand formieren müssen.“ Es gibt viele solcher Geschichten.

Doch da ist noch ein Faktor, der die Fortdauer des Volkswiderstands mitbewirken wird, die konkrete Erfahrung von sozialen Verbesserungen unter der Regierung Bishop. Es waren 4 Jahre von erstmalig breiten Maßnahmen der Gesundheitsfürsorge, der Erziehung und Ausbildung, der Wasser- und Elektrizitätsversorgung, von mehr Schulen, der Freiheit für die Arbeiter, von mehr Rechten für die Frauen und anderen Teilen unseres Volkes.

Das kann die Besatzungsmacht nicht vergessen machen.

AIB: Welche Konsequenzen sehen Sie nach der US-Invasion auf Grenada für die Karibik und Mittelamerika?

D. WILLIAMS: Vor allem sehe ich darin eine erhöhte Invasionsgefahr für Nikaragua. Ich appelliere an das Volk Sandinos, besonders wachsam zu sein.

Es gibt in meiner Heimat ein Sprichwort: „Wenn das Haus deines Nachbarn brennt, dann versorge dich ausreichend mit Wasser.“

Fidel Castro

Uns konnten sie nicht provozieren

Kubas Sicht der US-Invasion auf Grenada

Kubas Ministerpräsident Fidel Castro stellte sich kurz nach der Grenada-Invasion in Havanna den Fragen der Welt-
presse. Wir bringen Ausschnitte.



Kubanischer Flughafenbauer in Point Salines

(...) FRAGE: Wieviel Kubaner sind genau auf Grenada? Wieviele von Ihnen sind Militärberater, und wieviele Bauarbeiter?

FIDEL CASTRO: Das kann ich sagen, das ist kein Geheimnis.

Es tut mir leid, daß ich nicht die genauen Zahlen hier bei mir habe, aber es sind dort etwas mehr als 700 Kubaner. Die übergroße Mehrheit von ihnen, mehr als 550, sind Bauarbeiter. Es gibt auch eine große Gruppe von Ärzten, einige Lehrer, einige Landwirtschaftstechniker. Und es gibt ungefähr 40 Militärberater.

Ich habe diese Zahlen hier nicht aufgeführt, um die Erklärung nicht lang werden zu lassen, aber es gibt hier ganz und gar kein Geheimnis. Darüber hinaus ist es einfach zu beweisen, daß dieses Personal nicht militärisch ist, daß es wirklich zivile Arbeiter sind.

Natürlich haben sie als Arbeiter, wie alle Arbeiter in Kuba, eine militärische Ausbildung. Nun, der Beweis dafür, daß es Arbeiter und Bauarbeiter sind, ist der

ausgezeichnete Flughafen, den sie in kürzester Zeit gebaut haben. Auf ihm konnten Dutzende nordamerikanischer Flugzeuge landen, obwohl er noch nicht fertiggestellt ist; die Fertigstellung war für den Monat März (1984; d. Red.) vorgesehen. (...)

FRAGE: Herr Präsident, haben Sie die Möglichkeit erwogen, die Kubaner in Grenada jetzt zu verstärken?

FIDEL CASTRO: Nun, tatsächlich, wie ich in meiner eigenen Botschaft an die Grenadier (vor dem 25.10.1983; d. Red.) erklärt habe, war das Entsenden von Verstärkungen vor den Kämpfen unmöglich, und außerdem undenkbar.

Es war unmöglich, weil die nordamerikanische Schwadron und die Flugzeugträger in Richtung Grenada unterwegs waren; wir hatten keine Transportmittel für die Entsendung von Verstärkungen. Dazu kam, daß unsere Verstärkungen, wieviele wir auch entsandt hätten, keinem Vergleich mit den See-, Luft- und Landstreitkräften der USA standgehalten hätten.

Deshalb war es praktisch unmöglich; aber wir haben gesagt, daß es auch politisch unmöglich war, denn nach den Ereignissen, nach den Irrtümern, die die Revolutionäre selbst begangen haben, gab es keine moralische Rechtfertigung, Verstärkungen zu opfern, die nicht einmal die Möglichkeit gehabt hätten, überhaupt dorthin zu kommen. Es wäre praktisch eine symbolische Aktion gewesen. Deshalb war es uns vollkommen unmöglich, Verstärkungen zu entsenden, vom praktischen Standpunkt aus gesehen. Vom politischen Standpunkt aus haben wir es nicht als gerechtfertigt angesehen, ein nutzloses Opfer zu bringen. (...)

Wir gehen von der Tatsache aus, daß es eine Spaltung unter den Revolutionären gab, eine sehr schmerzliche, sehr unangenehme Spaltung. Wir haben vorausgesehen, daß diese Spaltung dem Land großen Schaden zufügen würde, und wir haben uns sogar an die grenadischen Führer gewandt, an das Zentralkomitee (der New-Jewel-Bewegung; d. Red.).

Wir haben sie gebeten, ihre Probleme friedlich, ohne Gewaltanwendung zu lösen, weil das dem Ansehen Grenadas sehr schaden könnte.

Es gab eine Volkserhebung zur Unterstützung Bishops, Leidenschaften wurden entflammt, die den dramatischen Tod Bishops zur Folge hatten unter Umständen, die uns im Detail noch immer nicht mit Bestimmtheit bekannt sind; ich denke, daß wir sie früher oder später wissen werden.

Aber wir haben diese Spaltung auf das Schärfste abgelehnt. Darüber hinaus waren wir uns des Schadens bewußt, den sie angerichtet hat. Und wir waren tief bewegt über die physische Vernichtung von Bishop.

FRAGE: Wenn die US-amerikanischen Beweggründe für diese Aktion nicht in der Frage ihrer Staatsbürger bestanden, was ist dann Ihrer Meinung nach der Beweggrund der USA?

FIDEL CASTRO: Nun, es ist vielleicht schwer zu verstehen, ich werde Ihnen sagen warum.

Vor allem, für die nordamerikanischen Staatsbürger oder die Staatsbürger irgendeines anderen Landes bestand keinerlei Gefahr, da die Grenadier besondere Maßnahmen ergriffen hatten, um ihnen Garantien zu geben aus dem Interesse heraus, Vorwände für eine Intervention zu vermeiden. (...)

Auf der anderen Seite war die Lage des grenadischen Revolutionsprozesses selbst sehr schwierig. Die inneren Ereignisse hatten eine Isolation von der Außenwelt hervorgebracht. Es gab große wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Es war nicht leicht für die neue grenadische Regierung, damit fertigzuwerden.

Reagans Demonstration der Stärke

Es ist klar, daß die USA einen Prozeß ausschalten wollten, der nur durch ein Wunder überleben konnte und sich großen Problemen gegenüber sah.

Es scheint mir, daß sie einen Beweis ihrer Stärke liefern wollten, daß sie eine Philosophie der Stärke anwenden wollten. Ich glaube, daß das eine opportunistische Politik war, Vorteile aus all diesen Schwierigkeiten zu ziehen, um ein Symbol zu zerbrechen.

Denn Grenada ist nun wirklich ein sehr kleines Land, und man kann unter kei-

nen Umständen sagen, daß es von strategischer Wichtigkeit ist und auch nur die kleinste Gefahr für die USA darstellt. Was kann es also für einen Grund geben außer einer Demonstration der Stärke? Noch merkwürdiger scheint es deshalb zu sein, weil es mit den Ereignissen im Libanon zusammenfällt, wo kurz vorher mehr als 200 Nordamerikaner den Tod fanden. Welchen Sinn, welche Logik steckt darin, sogar Kräfte, die sich auf dem Weg zum Libanon befanden, umzuleiten und sie nach Grenada zu schicken? Das scheint eine absurde Sache zu sein.

Ich schätze, daß das in Wirklichkeit ein riesiger politischer Fehler war, der den USA keinerlei Vorteil bringt, da die Ereignisse um die Malwinen (britisch-argentinischer Falklandkrieg Mitte 1982; d. Red.), die ganz Lateinamerika erschütterten, noch in Erinnerung sind, in denen sich die USA auf die Seite Englands stellten, wo sie die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) vergaßen, wo sie alle Abkommen vergaßen. Jetzt jedoch berufen sie sich auf ein Abkommen einer sog. Gruppe karibischer Länder, um in Grenada zu intervenieren. Ich glaube, daß das in allen Ländern Lateinamerikas und der Welt die Gefühle tief verletzt und viel Ruhelosigkeit hervorruft. Ich verstehe es wirklich nicht, ich sehe es als einen riesigen, unnötigen und ungerechtfertigten Fehler der USA an. (...)

FRAGE: Wir haben heute über die „Stimme Amerikas“ gehört, daß Kuba und die Sowjetunion den Staatsstreich in Grenada erwartet hätten. Was sagen Sie dazu, Comandante?

FIDEL CASTRO: Ich glaube, das ist es nicht wert, beantwortet zu werden, denn ich meine, daß Kubas Standpunkt klar ist, seine Beziehungen zu Bishop. Denn Bishop war wirklich so bescheiden, so taktvoll, daß er, als er in Kuba vorbeikam, kein Wort von den Schwierigkeiten erwähnte, die sie dort hatten. (...)

Unsinniger Sturz Bishops

Uns schien es, daß Bishop der angemessene Führer des Landes war, mit einem großen internationalen Ansehen; eine sehr intelligente Person, mehr noch, eine Person, die kein Extremist war, er war ein Revolutionär, der die Lage seines Landes sehr gut verstand. Und wir hatten den Eindruck, daß er das Land gut führte.

Er hat für Grenada große Errungenschaften hervorgebracht. Er bekam große internationale Zusammenarbeit, und das Bruttonationalprodukt Grenadas stieg an. Er schien uns ein außergewöhnlicher Mensch zu sein, und der richtige Mann für den Fortschritt in Grenada.

Weiterhin hat sich alles, was wir in unseren Botschaften gesagt haben, als richtig erwiesen. Alle Warnungen haben sich als richtig erwiesen, daß diese Spaltung tragisch war.

Deshalb ist es völlig unlogisch zu denken, daß wir hinter diesem unsinnigen Wechsel stecken könnten.

Ein so kleines Land, eine Regierung, die sich einer sehr schwierigen Lage gegenüberstellt und zu überleben versucht — welchen Sinn hat diese Intervention? Nicht ein einziger Nordamerikaner war verwundet oder verletzt worden. Es hatte keinerlei Gefahr für ihr Leben und kein großes wirtschaftliches Interesse gegeben.

Mir scheint es, daß das die Anwendung einer Denkweise und einer Politik der Stärke war, die sie über die ganze Welt auszudehnen versuchen werden.

Weiter scheint mir, daß es eine unsinnige Sache ist, ein riesiger Fehler. Eine Provokation — gegen wen? Uns konnten sie nicht provozieren, da wir nicht die Mittel hatten, Grenada zu erreichen, wir haben weder in der Luft noch zur See irgendwelche Mittel, dorthinzukommen.



Das „karibische Dreieck“: Revolutionsführer Ortega, Bishop und Castro

Eine Provokation gegen uns? Was hätte durch eine solche Provokation erreicht werden sollen, da wir uns in innere Angelegenheiten nicht einmischen?

Wir haben die Entscheidungen der Partei und der Regierung Grenadas gewissenhaft beachtet, obwohl wir die Kampfkraft hatten und hätten versuchen können, sie zu beeinflussen, aber wir haben uns an den Grundsatz der Nichteinmischung gehalten.

Es gab keinen Vorwand, uns anzugreifen. Wir waren sogar an unseren Arbeitsplätzen. Was in aller Welt konnten die USA gewinnen, indem sie die kubanischen Arbeiter angriffen, die einem kleinen Land der Dritten Welt halfen? Was konnten sie dabei gewinnen?

Sie konnten nur ein kleines Land in einen Märtyrer verwandeln, sie konnten ein kleines Volk und die dort befindlichen Kubaner in Märtyrer der Freiheit und der Verteidigung der Dritten Welt

verwandeln. Denn unsere Haltung ist tadellos, einwandfrei. (...)

FRAGE: Ich möchte Sie bitten, Comandante, Ihre Meinung über die Krise in Mittelamerika zum Ausdruck zu bringen. Zum Beispiel, wenn eine ähnliche Intervention gegen Nicaragua stattfinden würde, bis zu welchem Punkt würde Kuba Nicaragua unterstützen?

FIDEL CASTRO: Wir würden versuchen, für Nicaragua alles zu tun, was in unserer Macht steht, aber wir würden uns dem gleichen Problem gegenübersehen wie in Grenada: Wir verfügen nicht über die See- und Lufttransportmittel, um direkte Hilfe nach Nicaragua zu bringen. Das sind die Tatsachen, wir haben keine anderen Möglichkeiten, es zu tun.

Aber ich habe da keine Sorgen, denn die Situation in Nicaragua unterscheidet sich von der Grenadas. Grenada hat eine Bevölkerung von 120.000 Einwohnern, Nicaragua hat 3,5 Mio Einwohner. Nicaragua besitzt eine große Kampferfahrung, Nicaragua besitzt Zehntausende von Kämpfern. Man muß sagen, daß die USA dort gegen das bewaffnete Volk antreten würden, in einem nicht zu ge-

winnenden Kampf, in dem nicht eine und auch nicht 10 Luftlandedivisionen ausreichen würden.

Das ist die Realität, und weder die Völker noch Nicaragua sollten unterschätzt werden. Und ich meine, es wäre ein hundertfach größerer Fehler, eine Invasion Nicaraguas zu versuchen, denn das Volk Nicaraguas ist ein mutiges, kämpferisches Volk.

Ich glaube, daß alle die Aggressionen, die Nicaragua erlebt hat, die Revolution gestärkt und nicht geschwächt haben. Sie haben Erfahrungen vermittelt. Und es scheint mir, daß Nicaragua ein Land ist, das von den USA unbesetzbar und unregierbar ist. Und sie (die USA; d. Red.) besitzen keine technischen und hochentwickelten Waffen, die die Probleme lösen könnten, welche der Kampf gegen ein bewaffnetes Volk mit sich bringt.

(Quelle: Por Esto, Mexiko-Stadt, Nr. 84/10.11.1983, S. 7-10)

Tomas Borge Martinez

Nikaragua wird nicht zurückweichen



Sandinistische Patrouille an der Grenze zu Honduras

Tomas Borge, einziger überlebender Gründer der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) und Innenminister Nikaraguas, zog im November 1983 erste Schlußfolgerungen aus der Grenada-Invasion. Im Gespräch mit US-amerikanischen Journalisten des Magazins Newsweek stand die Invasionsbedrohung Nikaraguas im Vordergrund.

FRAGE: Erhöht die Invasion in Grenada die Gefahr einer ähnlichen US-Aktion in Nicaragua?

T. BORGE: Sie verringert und erhöht gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit einer Intervention.

Es wird behauptet, daß in Grenada als Antwort auf eine Aufforderung einer Gruppe von Ländern einmarschiert wurde. Bedeutet das, daß sich die Vereinigten Staaten berechtigt fühlen werden, in Nicaragua einzumarschieren, wenn eine Gruppe mittelamerikanischer Länder sie bittet, einzumarschieren?

Ist das nicht der Grund, warum die CONDECA (Mittelamerikanischer Verteidigungsrat, nun zusammengesetzt aus Honduras, Guatemala und El Salvador; d. Red.) kürzlich reaktiviert wurde?

Aber gleichzeitig hat dieser unmoralische Präzedenzfall die Kraft der Autorität gemindert, die ein Ersuchen der CONDECA in Zukunft haben kann.

Wenn Nicaragua, Mexiko, Panama und Kostarika die Sowjetunion bitten würden, in Mittelamerika zu intervenieren, würde das eine sowjetische Invasion rechtfertigen?

FRAGE: Wie plant Nicaragua, sich gegen die USA zu verteidigen?

T. BORGE: Vor allem setzen wir unsere Bemühungen in allen internationalen Organisationen und in den Gruppen fort, die — wie die Contadora-Gruppe — ins Leben gerufen wurden, um diesen Notfall zu verhindern.

Wir haben Vorschläge für Verhandlungen mit unseren Nachbarn und den USA unterbreitet. Aber zur gleichen Zeit bereiten wir uns auf die Verteidigung unseres Landes vor für den Fall, daß alle Verhandlungsbemühungen fehlschlagen. Hier in Nicaragua gibt es hunderttausende Männer mit Waffen in der Hand. Und es ist wichtig, daß das US-amerikanische Volk den Preis abwägt, den es im Falle einer Invasion Nikaraguas zu zahlen hätte. Er würde außerordentlich hoch sein.

Wir werden bei grundsätzlichen Fragen nicht zurückweichen, selbst dann nicht, wenn eine Flotte vor unserer Küste liegt oder Fallschirmjäger vom Himmel fallen.

FRAGE: Sehen Sie irgendeine Lösung des Problems zwischen den beiden Ländern?

T. BORGE: Wir haben hier ein Sprichwort: Man kann von keinem Apfelbaum erwarten, daß er Birnen hervorbringt.

Um Frieden zu haben, muß ein beiderseitiger Wunsch nach Frieden da sein. Das konkrete Problem, das wir sehen, ist die offensichtliche Abwesenheit eines echten Wunsches nach Frieden und Verhandlungen innerhalb der US-amerikanischen Regierung. Wie führt man die Re-



gierung der USA zum Verhandlungstisch?

Das kann nur durch die öffentliche Meinung in den USA erreicht werden, und deshalb sage ich, daß die Schlacht um Nicaragua nicht in Nicaragua ausgefochten wird. Sie wird in den USA ausgefochten.

FRAGE: Wir haben amerikanische Beamte sagen hören, daß es unmöglich sei, mit den Sandinisten zu verhandeln, weil sie ihr Wort nicht halten. Halten Sie Ihr Wort?

T. BORGE: In welcher Weise haben wir denn jemals unser Wort gebrochen? Wie können wir eine Vereinbarung brechen, die es niemals gegeben hat?

Sagen wir, sie beschuldigen uns, Waffen nach El Salvador zu schicken, und wir einigen uns auf ein Abkommen darüber. An dem Tage, an dem wir es verletzen, haben wir das Abkommen gebrochen. Aber mit der US-Regierung müssen wir erst noch zu Abkommen über irgendetwas gelangen.

Wir sind keine Bedrohung der USA

FRAGE: Bietet die Contadora-Gruppe (Mexiko, Venezuela, Panama, Kolumbien; d. Red.) einen Weg zu einem eventuellen Abkommen an?

T. BORGE: Die Contadora-Gruppe hat eine positive Rolle gespielt und sie ist eine Hoffnung auf Verhandlungen.

Ich denke, daß es möglich ist, zu verhandeln, aber das hängt wiederum von der öffentlichen Meinung in den USA ab. Das US-amerikanische Volk muß einsehen, daß wir keinerlei Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA darstellen. Im Gegenteil, die USA stellen eine Bedrohung der nationalen Sicherheit Nikaraguas dar. Selbst wenn wir wollten, könnten wir keine Bedrohung darstellen. Wir würden jedoch zu einer Bedrohung für die USA, wenn wir zu einem Abkommen mit der Sowjetunion kämen, Atomraketen in Nicaragua aufzustellen.

FRAGE: Wollen Sie damit andeuten, daß Sie die Sowjets einladen würden, wenn sich der Druck seitens der USA verstärkt?

T. BORGE: Nein, das werden wir nicht tun. Ich will nur sagen, das wäre die einzig mögliche Bedrohung, die wir darstellen könnten.

Aber diese Bedrohung gibt es nicht, weil uns die Sowjetunion niemals um unsere Erlaubnis gebeten hat, Abschußbasen für Atomraketen hier aufzustellen, noch haben wir jemals die Sowjetunion gebeten, sie aufzustellen.

FRAGE: Haben Sie den Eindruck, daß Präsident Castro alles getan hat, was er konnte, um Grenada zu verteidigen?

T. BORGE: Ich habe den Eindruck, daß Kuba außergewöhnlich vorsichtig und überlegt in der grenadischen Situation war. Er (Fidel Castro; d. Red.) gab Anweisungen an die kubanischen Arbeiter und die Militärberater, keinen Widerstand zu leisten, es sei denn, sie würden beschossen.

Und sie wurden angegriffen, ohne vorherige Warnung. Was hätte Kuba mehr tun sollen? Truppen entsenden? Das wäre Irrsinn gewesen. Es wäre erst recht ein Vorwand für den Einmarsch gewesen.

FRAGE: Wieviel Schaden ist in Nicaragua durch die Anstrengungen der US-

sind. Und der Widerstand, den wir mit unserer Technologie leisten können, wird unbedeutend sein.

Aber später wird es immer noch hunderttausende bewaffneter Männer im ganzen Land geben, die eine Besatzungsarmee bei jedem Schritt, den sie tut, aus dem Hinterhalt überfallen.

Die Philosophie des verlängerten Volkskrieges ist hier die einzig mögliche. Ein Mann mit einem Gewehr ist gefährlicher als ein Panzer, weil ein Panzer in seiner Beweglichkeit eingeschränkt ist, der Mann mit dem Gewehr sich aber überall hinbegeben kann.

FRAGE: Welche Rolle erwarten Sie von Kuba im Falle eines Einmarsches?

T. BORGE: Wir werden uns selbst unserer Haut wehren. Es gibt keine Möglichkeit für kubanische oder andere ausländische Truppen, nach Nicaragua zu kommen.

FRAGE: Es gab eine Reihe von Zwischenfällen während des letzten Wochenendes (Ende Oktober d.J.; d. Red.), als katholische Priester und Mitglieder christlicher Jugendorganisationen gejagt, verhaftet und sogar von Kircheneinrichtungen verschleppt wurden.

Angesichts der US-Aggression auf Grenada und alarmierender Invasionsvorbereitungen seitens der USA, Guatemalas und Honduras' gegen Nicaragua und die salvadorianische Befreiungsbewegung gab deren Führungsorgan am 5.11.1983 eine gemeinsame Erklärung ab. Sie ist unterzeichnet von allen fünf Mitgliedern des Generalkommandos der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN), von Roberto Roca, Fernan Cienfuegos, Shafik Jorge Handal, Leonel Gonzalez und Joaquin Villalobos.

Wir wenden uns an das salvadorianische Volk, an die Völker Mittelamerikas und der Welt, an die internationale Gemeinschaft, um sie über wichtige Vorkommnisse zu unterrichten, die sich in der Entwicklung befinden.

Überwältigt von den durchschlagenden Niederlagen, die die Befreiungsfront FMLN insbesondere in den letzten 2 Monaten der Marionettenarmee beigebracht hat und in Erfüllung der Befehle der Regierung der Vereinigten Staaten, hat der Verteidigungsminister der salvadorianischen Diktatur, General Eugenio Vides Casanova, vor einigen Tagen die Armeen von Honduras und Guatemala gebeten, in unser Land einzumarschieren.

Als Antwort auf diese Bitte sind 4.000 guatemalteke Soldaten in der Nähe der salvadorianischen Grenze an den Orten Jutiapa, Valle Nuevo, San Cristobal und Ciudad Pedro de Alvarado konzentriert worden. Truppen der honduranischen Armee haben sich in Jicaró Galán konzentriert, wo sich die Straßen nach El Salvador und Nicaragua treffen. Gleichzeitig hat die Zahl der Soldaten und die Menge der Ausrüstung nordamerikanischer Herkunft, die in Honduras stationiert sind, weiter zugenommen.

Und die schon riesige Flottenpräsenz der USA erweitert sich mit der Ankunft einer weiteren Gruppe von Kriegsschiffen mit einem Flugzeugträger an der Spitze, der sich den mittelamerikanischen Küsten nähert. Ein Pionierbataillon der US-Armee ist unter dem Vorwand, humanitäre Einrichtungen zu bauen, in Kostarika stationiert worden. Die Anzahl der nordamerikanischen Soldaten, die jetzt schon die Grenzen und Küsten El Salvadors und Nicaraguas bedrohen, übersteigt 25.000 Mann, wovon 5.000 schon auf honduranischem Gebiet stehen.

Die Regierung Nicaraguas hat ihrerseits auf die intensiven Vorbereitungen hingewiesen, die vom Pentagon aus geleitet werden, um dieses Land zu überfallen. Mit größter Geschwindigkeit wurde der Befehl des Kommandos Süd des Pentagon ausgeführt, den Mittelamerikanischen Verteidigungsrat (CONDECA) zwischen den Armeen von Guatemala, El Salvador und Honduras wiederzubeleben.

Diese Schritte ähneln denen, die der US-Invasion auf Grenada vorausgingen. Von neuem veranlaßt Reagan, daß eine Reihe von Marionetten- und Verräterregierungen an ihren Völkern ihre Truppen für eine Aggression gegen Nachbarvölker bereitstellen und auf diese Weise die militärische Intervention der USA besorgen, die in Wirklichkeit die entscheidende Rolle spielen. Nach der Invasion der honduranischen und guatemaltekeischen Truppen kommen ohne Zweifel die Luftwaffe und die Truppen der USA. Reagan wird noch über den Tag des Überfalls entscheiden.

Ob die Aggression sich zuerst gegen das salvadorianische Volk und erst dann gegen Nicaragua wenden wird oder ob sie in umgekehrter Reihenfolge stattfindet, ist gleichfalls eine Entscheidung, die noch in den Händen von Reagan liegt. Aber beide Aggressionen sind Teil eines einzigen Plans und haben ein einziges Ziel: Den mittelamerikanischen und karibi-



In Bano Andres wird eine Verteidigungsbrigade der Sandinistischen Jugend empfangen

amerikanischen Regierung angerichtet worden, Ihre Wirtschaft zu stören?

T. BORGE: Wir müssen den ganzen Schaden erst noch bewerten. Ich glaube, daß etwas mehr als 1.000 Nicaraguaner in den Kämpfen dieses Jahres umgekommen sind.

Der wirtschaftliche Schaden ist beträchtlich: die Vernichtung von Diesel-Lager-tanks, von Grenzposten im Norden und im Süden, von ganzen Gemeinden und landwirtschaftlichen Genossenschaften. Ich glaube, daß es hier noch mehr Tod und Zerstörung geben wird.

FRAGE: Wenn die USA in Nicaragua einmarschieren, glauben Sie gewinnen zu können?

T. BORGE: Zweifelsfrei. Die US-amerikanische Regierung mag große technologische und militärische Möglichkeiten haben, die den unsrigen weit überlegen

Was ist Ihre Erklärung für das, was in den letzten Tagen passiert ist?

T. BORGE: Wir hatten Kenntnis von einigen Aktivitäten, die darauf angelegt waren, junge Leute davon abzuhalten, sich für den Patriotischen Militärdienst (SMP) einzutragen. In der St.-Judas Gemeinde in Managua erfuhren die Leute von einigen Plänen in dieser Richtung. Diese Aktivitäten hatten den zusätzlichen Zweck, Spaltungen innerhalb der Kirche hervorzurufen.

Es gab Zusammenstöße, die ein direktes Ergebnis dieser illegalen Aktion (die Registrierung zu verweigern) waren. In die Zusammenstöße waren revolutionäre Christen einbezogen, die diesen ungesetzlichen Aktivitäten ablehnend gegenüberstehen.

(Quelle: Newsweek, New York, 14.11.1983)

Kommuniqué des FMLN-Generalkommandos

Die Invasion wird vorbereitet

schen Völkern das Recht zu entreißen, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden und uns vor dem Yankee-Imperialismus in die Knie zu zwingen.

Aber Reagan irrt sich dieses Mal. Die Völker Nikaraguas und El Salvadors werden sich niemals ergeben. Wir werden die Invasoren in den Staub der Niederlage beißen lassen. Das Verlangen, daß ausländische Armeen in unser Land einmarschieren sollen, ist ein Akt der Feigheit und ein elender Verrat am Volk und am Vaterland, für den Vides Casanova und das Oberkommando der Streitkräfte, Alvaro Magaña und seine Regierung noch Rechenschaft ablegen werden.

Die Leiter der politischen und beruflichen Verbände der starrköpfigen Oligarchie, alle diejenigen, die in der Verfassungsgebenden Versammlung ihre Zustimmung geben werden, alle die auf die eine oder andere Weise mit den Invasoren zusammenarbeiten, werden von unserem Volk ihre entsprechende Strafe erhalten.

In Grenada hat sich der Imperialismus die Zwietracht unter den Revolutionären zu Nutze gemacht, um die Invasion durchzuführen. In unserem Land werden sie uns nie zerrissen antreffen, sondern einig wie noch nie. Die stärkere Einheit hat als Ergebnis durchschlagendere militärische Erfolge gezeitigt, und wenn es die Umstände verlangen, werden wir jeden einheitlichen Schritt unternehmen und jede einheitliche Entscheidung treffen. Wir lassen unser Volk nicht im Stich und wir versichern ihm von neuem, daß wir seine Vorhut sind. Das alles erfordert eine ausgezeichnete moralische, politische und organisatorische Vorbereitung, um jeglicher Aggression zu widerstehen, um eine undurchdringliche Mauer zu errichten, an der die Invasoren zerbrechen werden.

Die Entscheidung, daß honduranische, guatemalteckische oder US-amerikanische Truppen in unserem Land intervenieren sollen, ist von neuem der schlagende Beweis, daß die FMLN die Marionettenarmee schon geschlagen hat, die der General Vides Casanova leitet. Angesichts des krachenden Zusammenbruchs der Diktatur und der Vorzeichen der völligen Auflösung und der vernichtenden Niederlage der Armee kommen die Yankees und ihre Marionetten in unser Vaterland, um die Völkermörder zu retten. Mit dem sicheren Eintritt unserer Streitkräfte in den Kampf gegen die nordamerikanischen, guatemalteckischen und honduranischen Truppen wird unser Kampf auf die letzte und endgültige Stufe des Sieges gehoben. Mit unserem gesamten Volk sind wir bereit, allen Invasoren gegenüberzutreten, ihnen zu widerstehen und sie zu besiegen. Unser Sieg wird jetzt solider, endgültiger und vernichtender sein.

Das Generalkommando der FMLN befiehlt allen Leitern und Kämpfern ihrer heroischen revolutionären Streitkräfte, alle Einheiten des Guerillaheeres und der Milizen in höchste Kampfbereitschaft zu versetzen. Sie befiehlt allen ihren politischen Kadern und Aktivisten, alle ihre Energien und Fähigkeiten anzuspinnen, um die Leistungsfähigkeit unserer politischen Strukturen in den Massenorganisationen, den offenen und den geheimen, und der Strukturen der Volksmacht (Poder Popular), die in den von uns kontrollierten Gebieten arbeiten, zu erhöhen, um das Volk pausenlos in Aktion gegen die Invasoren zu versetzen, damit sich die Reihen unserer ruhmreichen revolutionären Streitkräfte unermüdlich vermehren, ihren Nachschub absichernd, sie mit Information unterstützend, an der Verwirrung und Ausrottung der Invasoren teilnehmend. Das Generalkommando ruft die Arbeiterklasse, die Bauern, die Studenten, die Lehrer und

Das Generalkommando der FMLN ruft die kleinen und mittleren Unternehmer auf, eine patriotische Haltung einzunehmen, mit dem Widerstand gegen die Invasion zusammenzuarbeiten und die Anweisungen der verräterischen Oligarchie zu mißachten, die entschieden hat, unser Vaterland zu verkaufen, nur um ihre Millionen zu retten, die mit Blutvergießen aus dem salvadorianischen Volk herausgepreßt worden sind. Leben und Besitz der Großunternehmer, die eine Haltung des Widerstandes gegen die Invasion annehmen, werden respektiert und sie werden sich beim Wiederaufbau des Vaterlandes mit eingliedern und zum neuen Leben der Nation beitragen können.

die öffentlichen und privaten Angestellten, die Angehörigen freier Berufe, die Techniker und alle ihre Organisationen auf, die Reihen zu schließen, um das Vaterland zu verteidigen, sich kampfbereit zu machen und sich vorzubereiten, den Invasoren auf allen Gebieten zu widerstehen. Wir rufen die Priester und Pastoren aller Kirchen auf, ihre Beiträge für die geistige Stärkung dieses Volkes zu verdoppeln, das – wie David vor Goliath – sich gegen die Aggression der mächtigsten und verbrecherischsten imperialistischen Macht wehren muß.

Die FMLN ist für den Pluralismus, der sich auf die Interessen des salvadorianischen Volkes gründet, und für den Respekt vor den politischen Rechten derjenigen, die in dieser Stunde dem Vaterland ihre Pflicht erweisen.

Das Generalkommando der FMLN ruft alle Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere auf, ihren Eid auf die Fahne der Nation zu erfüllen und sich gegen die Anführer zu erheben, die das Vaterland verraten und ihre Ehre dem Yankee-Imperialismus verkauft haben. Alle Soldaten, Unteroffiziere, Offiziere und Leiter, die eine ablehnende Haltung gegen die Invasion einnehmen, haben unseren Respekt und erhalten mit Sicherheit einen Platz in den Reihen des Volkes im Kampf für die Rettung des Vaterlandes und der Zukunft der Freiheit, Unabhängigkeit, sozialen Gerechtigkeit und des Fortschritts des salvadorianischen Volkes.

Das Generalkommando der FMLN ruft alle Völker der Welt auf, dem salvadorianischen und nikaraguanischen Volk die aktivste Solidarität zu beweisen. Sie ruft die internationalen Organisationen, die unabhängigen Regierungen – insbesondere die lateinamerikanischen Regierungen – und die unabhängige Presse aller Kontinente auf, ihre Stimme gegen den tollwütigen imperialistischen Angreifer zu erheben, sowie gegen die wahnsinnige Politik Reagans, die unseren Planeten im nuklearen Feuer zu vernichten droht, und unseren Völkern alle in ihrer Macht stehende politische, moralische und materielle Hilfe zukommen zu lassen.

Tod den Invasoren!

Tod den Verrätern des Vaterlandes!

Tod dem Yankee-Imperialismus und seinen Marionetten!

Yankees raus aus Grenada und Mittelamerika!
Vereint im Kampf bis zum endgültigen Sieg!

Revolution oder Tod!

Wir werden siegen!

(Quelle: Radio Venceremos, El Salvador, 7.11.1983)



FMLN-Einheit in der eroberten Stadt Jucuarán

Seit März 1982, dem dritten Jahrestag der grenadischen Revolution, besteht der Freundeskreis Grenada-BRD. Am 19. November 1983 fand die offizielle Gründung und gleichzeitige Umbenennung in Solidaritätskomitee Grenada e.V. statt (siehe unten Plattform). Kontaktadresse: Ralf Kietzke, Theobald-Christ-Str. 2-4, 6000 Frankfurt 1. Solidaritätsarbeit zu Grenada leistete ebenfalls das Karibik-Informationszentrum, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

Broschüren

- Der Grenada-Rundbrief wird vierteljährlich vom Solidaritätskomitee Grenada herausgegeben (Preis 4 DM).
- Beim gleichen Komitee ist im November 1983 die Dokumentation „Von der Revolution zur Invasion“ erschienen. Sie enthält die wichtigsten Artikel der internationalen Presse zur US-Invasion (Umfang 20 S., Preis 4 DM).
- Die Grenada-Nachrichten werden vom Karibik-Informationszentrum herausgegeben (Preis 3 DM). Die Nummer 5 enthält eine Analyse und eine Pressedokumentation zum Putsch gegen M. Bishop und zur US-Invasion.
- Eine Sondernummer der Grenada-Nachrichten „Grenada: Die große Revolution auf einer kleinen Insel“ erschien kurz vor der US-Inva-

sion. Sie enthält eine Einführung in die Geschichte des Landes und sechs Beiträge verschiedener Autoren zu Wirtschaft, Sozialwesen und Politik der Karibik-Insel (Preis 3,50 DM).

- Bereits Ende 1982 veröffentlichte das Karibik-Informationszentrum die Broschüre „Revolution in der Karibik, Grenada – Eine Dokumentation“. Auf 106 Seiten werden vor allem Artikel aus der grenadischen und karibischen Presse zur grenadischen Revolution dokumentiert (Preis 4,50 DM).
- Eine im Oktober 1983 erschienene achtseitige Extra-Ausgabe des Mittelamerikamagazins zur US-Invasion in Grenada kann bestellt werden bei: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel. (Einzelpreis 1 DM, bei Abnahme von mehreren Exemplaren 0,20 DM.)

Buchtip

Ecumenical Program for Interamerican Communication (EPICA): Grenada, the Peaceful Revolution (Grenada, die friedliche Revolution), Washington 1982, 132 S. Dieses Buch behandelt die Geschichte Grenadas und der Revolution. Es kann ebenfalls beim Solidaritätskomitee Grenada bezogen werden.



Buttons, Plakate, Film, Dias

Beim Solidaritätskomitee Grenada sind ferner folgende Materialien zu beziehen:

- Button „Solidarität mit Grenada“, 2 DM
- Button „USA raus aus Grenada“, 2 DM
- Plakat „USA raus aus Grenada“, zweifarbig, 2 DM
- Videofilm „Grenada – Leuchfeuer der Karibik“ (45 Min.). Er stellt die Entwicklung der verschiedenen Bereiche der Gesellschaft und die Destabilisierungspolitik der USA dar. Der Film wird gegen Erstattung der Versandkosten ausgeliehen.
- Dia-Serie, die rund 50 Dias und einen Begleittext zur Entwicklung der Revolution und zur US-Invasion umfaßt.
- Beim Antimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK), Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt 1 ist das Plakat „USA raus aus Grenada“ (Preis 1,50 DM) zu erhalten.



Plattform des Solidaritätskomitees Grenada

Das Solidaritätskomitee Grenada sieht seine Aufgabe darin, politische, moralische und materielle Solidarität mit den Bestrebungen des Volkes von Grenada zur Wiedererlangung der nationalen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu üben. (...)

Es versteht seine Solidaritätsarbeit mit dem Volk von Grenada auch als Beitrag zur Unterstützung des weltweiten Strebens der Völker nach sozialer Gerechtigkeit und Frieden.

Zu diesem Zweck will das Solidaritätskomitee:

- Politische Solidarität mit dem Befreiungskampf des Volkes von Grenada, das verfolgt, verhaftet und mißhandelt wird, üben.

- In der Öffentlichkeit unseres Landes Informationen über die gesellschaftliche Entwick-

lung Grenadas und über die Erfolge der Revolution von 1979 verbreiten.

- Die Wahrheit über die Hintergründe der völkerrechtswidrigen Invasion darstellen und den Lügenkampagnen in der Bundesrepublik entgegenzutreten.

- Materielle Solidarität mit dem Befreiungskampf des Volkes von Grenada organisieren.

- Sich aktiv für Frieden und Abrüstung einsetzen.

Das Solidaritätskomitee Grenada wendet sich an alle, die bereit sind, an der Verwirklichung dieser Ziele und Aufgaben mitzuarbeiten und Solidarität mit dem Volk von Grenada in seinem Streben nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu üben. (...)

Grenada Solidaritätskonferenz

Am 28./29. Januar d.J. findet in Hamburg die 2. bundesweite Grenada-Solidaritätskonferenz statt.

Themenschwerpunkte:

- Perspektiven für die Grenada Solidaritätsarbeit nach der Ermordung von Maurice Bishop und nach der US-Invasion.

- Befreiungsbewegungen an der Macht –

4 1/2 Jahre Revolution in Grenada. Bestandsaufnahme und Vergleich.

Tagungsort: Martin Luther King Haus, Grindelallee, Hamburg

Beginn: Sa. 28.1.1984, 10 Uhr

Anreise: 27.1.1984 ab 19 Uhr in der Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50 (Schlafplatzverteilung)

Teilnahmegebühr: 10 DM (enthält ausführliche Konferenzmappe)

Anmeldungen bis 23.1.1984 einsenden an: KARIBIK INFORMATIONSZENTRUM Nernstweg 32-34 2000 Hamburg 50